

Neuauflage Freiezeit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 282 — 2. J. hrgang

Saarbrücken, Dienstag, 18. Dezember 1934

Chefredakteur: M. Braun

Gewerkschaften für Status quo

Seite 3

Zusammenstoß mit einem
englischen Polizeioffizier

Seite 4

Keemine, Exkeunpiz und
andere Ia.

Seite 7

Sodom und Gomorrha

Die Früchtchen hitlerdeutscher Erziehung

In Seinem Geiste

Berlin, 16. Dezember 1934.

Im Deutschen Reich unter Hitlers positiv christlicher Führung ist bekanntlich die Gottlosigkeit vollkommen ausgerottet. Die unter dem atheistischen marxistischen System mit Unterhügung der schwarzen Marxinen des Zentrums und unter stillschweigender Tolerierung der katholischen Bischöfe grassierte und unser deutsches Volk, insbesondere aber die unerfahrene Jugend, bis ins Mark vergiftete. So verkündete eben noch Herr Dr. Goebbels als Reichsrelationsminister in der alten Bischofsstadt Trier, Dank der rettenden christlichen Tat des „Führers“, die rein zufällig mit der Brandstiftung des Reichstages zusammentrat, ist die verwirrte und verbeulte Jugend wieder auf die Pfade germanischer Tugend zurückgeführt worden. Nun sorgen krenge deutsche Disziplin in Schule und Haus, in Hitlerjugend und BdM, und dann noch der Staatsjugendtag allmählich dafür, daß das marxistische Seelengift nicht an die jungen Menschen heran kommt.

Wie sieht es nun aus, nachdem die Jugend zwei Jahre im — mit Respekt zu sagen — Heine Adolf Hitlers ertragen worden ist? Wir haben wiederholt sehr eindeutige Berichte über die hitlerdeutsche Sittlichkeit im BdM, in der SA, und der SS, in den Schulungslagern und in den Arbeitsdienstlagern veröffentlicht. Viele Schilderungen beweisen sich durchaus in den Bildern, die der „Führer“ als Absicht der mörderischen Säuberungsaktion des 30. Juni von der Gottlosigkeit seiner nächsten Umgebung in höchsten Führerkreisen gab, nachdem er ein Jahrzehnt dieser Sünden seines engherzigen Freundeskreises talentlos zugehört hatte.

Sodom und Gomorrha!

Wir wissen, daß seit Jahr und Tag führende Geistliche und Jugendleiter aller Richtungen, die nationalsozialistischen mit ihrer totalen Verwilderung und Unfähigkeit natürlich ausgenommen, sich die schwersten Sorgen machen über die Verrohung und Entfaltung der Jugend des „dritten Reichs“. Wenn wir dazu schrieben, waren es natürlich „Gruelmärchen“. Geben wir nun heute einer gewiß einwandfreien Stelle das Wort:

Im Kirchenzeitungsblatt der Stadtgemeinde Weimar veröffentlicht Oberpfarrer Rade im Namen sämtlicher Ortsgemeinlichen einen Aufruf an die Eltern der diesjährigen Konfirmanden. Der Geist der Konfirmanden und ebenso deren Verhalten in, vor und nach den Konfirmandentagen lasse viel zu wünschen übrig. Das gelte vor allem für die Jungen, obgleich in einzelnen Bezirken über die Mädchen noch weit mehr geklagt werde. So lasse vielfach nicht nur der Gottesdienstbesuch zu wünschen übrig, sondern noch schlimmer sei das Benehmen der Konfirmanden in der Kirche selbst. An einem der letzten Sonntage habe sich der amtierende Pfarrer einer Kirche wegen des Verhaltens von Konfirmanden sogar veranlaßt gesehen, seine Predigt zu unterbrechen und die Konfirmanden zur Ordnung zu rufen. Die Eltern werden daher nochmals ebenso herzlich wie dringend gebeten, die Pfarrer zu unterstützen. So wie es jetzt ist, könne es nicht weitergehen. Wenn Konfirmanden durch Unachtsamkeit und durch Gottlosigkeit weiterhin zeigen, daß ihnen die nötige Reife fehle, dann bleibe gar nichts anderes übrig, als sie auf Grund der Kirchenordnung vom Konfirmandenunterricht und von der Konfirmation, mangels genügender Reife, zurückzuweisen.

Die große Sünde

Weimar war schon Jahre vor der Machtergreifung Hitlers eine Hochburg der Nationalsozialisten. Hier wirkte der erste Innen- und Bildungsminister des Nationalsozialismus, Herr Dr. Friedl. Hier wurden unter begeisteter Zustimmung der evangelischen Pastoren Friedl's deutschchristliche „Gebete“ in der Schule eingeführt. Das Ergebnis dieser Sorte „Christentum“ hitlerischer Prägung sind Kirchenfandale, hervorgerufen durch Konfirmanden.

Erinnert man sich, daß sie in den verruchten marxistischen Zeiten solche Notrufe aus der Kirche sich notwendig gemacht hätten? Die „Gottlosen“ schickten ihre Kinder nicht zur Konfirmation, weil sie die Beudekel verabscheuten. Jetzt aber ist die Zugehörigkeit zur Kirche, der amtliche Nachweis zu einer gesellschaftlichen Religion zur Staatsraison und zur moralischen Pflicht für jeden Staatsbürger erhoben.

Kirchenzucht ist die Vorbedingung zur „Reife“ und zur Karriere, zum Studium und zu den Prüfungen. Die Fränkischen dieser Erziehungsmaßnahme entsprechen der tiefen Unfähigkeit des Systems.

Wir haben mit den Pfarrern, auch denen der oppositionellen Bekennniskirche, kein Mitleid und bekräftigen ihnen das Recht zu ihrem Aufbegehren. Wären sie — Karl Barth und einige andere waren rühmliche Ausnahmen — nicht gottentfremdet und gottverlassen gewesen, und darum voller pharisäischer Bornstille gegen die eithische Kultur der sozialistischen Arbeiterbewegung, so hätten sie wären müssen, daß im Nationalsozialismus ein zerkünder Feind jeder auf Humanität begründeten Kultur heranwuchs, sie sei religiös oder eithisch begründet wie immer. Das Lesen einer Seite in Hitlers rohem Lebensbuch „Mein Kampf“, eines Kapitels des barbarischen Buches von Rosenberg „Mythos des 20. Jahrhunderts“, das Anhören eines einzigen nationalsozialistischen Redners mit seinem Gift voll Haß und Wut und Mache hätte die kirchlichen Belehrungen und Erklärungen müssen, wenn auch nur noch ein Hauch des Geistes Jesu Christi und seiner Botschaft in ihnen gelebt hätte.

Sie waren leichlich tot, sind es noch, denn ihr Kampf geht zumisch nicht um religiöse Güter, sondern um organisatorische Rechte, um die Macht über den kirchlichen Apparat, und darum sind sie in die große kulturelle Katastrophe Deutschlands hineingerissen.

Schon ihr Schweigen zur herrschenden Bestialität macht sie mitschuldig. Auch der Diktator der Weimarer Partei deutet nur an. Es ist ja alles weit schlimmer. Die feruelle Jügellosigkeit, die man sehr zu Unrecht der im Gegenteil zu einer ebenso natürlichen wie hohen Sexualethik erzogenen marxistischen Jugend nachlagte, leidet im BdM, in der Hitlerjugend, in der SA, und der SS, Organe. Dem BdM mußte die Teilnahme an dem diesjährigen Parteitag verboten werden, weil im vorigen Jahre viele Mädchen, darunter auch schulpflichtige, geschwängert worden waren. Uns ist ein Fall bekannt, daß in einem Lager von 70 Mädchen 30 unehelich schwanger wurden. Man versucht diese Vorfälle zu vertuschen und erreicht dadurch nur, daß sie gerüchtweise noch vergrößert werden.

Es gibt keine Stadt mehr im Reich, wo man sich nicht erzählt, daß im Krankenhaus uneheliche Mütterchen entbunden haben. Es gibt keine Jugend, in der man sich nicht von Frauen bei gemeinsamen Treffen von männlicher und weiblicher Hitlerjugend erzählt. Es gibt kein Gebiet in Deutschland, wo man sich nicht zutuschelt, daß in manchen Fällen die Führer bei solchen Zusammenkünften zur Veranschaulichung aufgeführt hätten, und diese Erzählungen werden überall geglaubt.

weil jeder in seinem Bekanntenkreise den sittlichen Verfall selbst beobachten konnte, und weil erwiesen ist, daß in vielen Bildungsstätten die uneheliche Mutterchaft für die Geburtenzahl geradezu beunruhigend und acostisch wird.

Von den braunen Bonzen, die zur Erziehungsarbeit an der Jugend sich herbeilassen, entwirrt der Korpsführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrersbundes, Obergruppenführer Hübel ein Bild, das erklärt, wie die täglichen Autounfälle führender Nazis zuhandeln kommen. (Eben erst hat sich der Gruppenführer Junkel von Thüringen totgefahren):

„Unerfahrenheit, Leichtgläubigkeit, Alkohol und Rennomnien sind meist des Unfalls beste Werkzeuge. Wer nach durchschauter Nacht das Steuer des sonst vom Berufshausierer abfahrenen Wagens selbst ergreift, um — und wie oft ist dies der Fall — nur vor dem andern Geschlecht mit seinen Fahrlässigkeiten zu probieren, beweist damit nicht etwa seine Fortschrittlichkeit, sondern einzig und allein sein mangelndes Verantwortungsgelühl.“

Unerfahrenheit, Leichtgläubigkeit, Alkohol und Rennomnien sind — läßt sich eine bessere Charakteristik des ganzen Deutschland zur Zeit vermissenden Systems und seiner meisten Führer geben?

„So wie bisher kann es nicht weitergehen!“ So sagen wörtlich die armen an sich selber und ihrer Hittlererei verzweifelten Pastoren von Weimar. So schließt auch wörtlich die große Moralpauke des Führers der motorisierten Bonzenaristokratie.

„So kann es nicht weitergehen.“ Das ist die Meinung des ganzen deutschen Volkes, ausgenommen die finanziellen Raben der des Systems von den Revolutionärgewinnern Hitler, Göring, Goebbels und Kompanie bis hinab zu den sich bereichernden Ortsgrößen.

„So kann es nicht weitergehen.“ aber es wird so weitergehen, bis das Volkes allgemeine Klagen zum Willen und zur Tat emporenwachen. Dann erst wird die große Sünde wider den Geist der Nation atillat und wird das große Verbrechen an Deutschland aculübt werden.

Zehn Tage von tausend Jahren

„Nur nicht drängeln, es kommt jeder dran“

Jeder dieser Lumpenhunde
Wird vom nächsten abgetan.
Sei nur brav zu jeder Stunde
Keiner hat dir etwas an.
Goethe.

Man muß sich langsam darauf einrichten, vom innerpolitischen Kriegsschauplatz des „Dritten Reichs“ jeden Tag Heeresberichte und Verlustlisten zu publizieren. Immer neue „Staatsfeinde“ werden von der Gestapo entdeckt, braune Amtswalter kommen wegen Hinterziehung von öffentlichen Geldern in immer länger werdenden Serien ins Zuchthaus, oben an den Spitzen der braunen Macht und Herrlichkeit kürzen täglich ein paar Prominente, um nie wieder aufzustehen. Die Presse außerhalb des „Dritten Reichs“ ist bernahe außerstande, daraus noch Neuigkeiten und Sensationen zu machen, denn das Alltägliche und Gewohnte stumpft ab.

Der Herr Reklameminister muß zu den seltsamsten Beschäftigungsmitteln greifen. Jüngst, in einer Verklamung im Berliner Sportpalast, priss er Deutschland als die ruhige Insel im türmischen politischen Wellengange des Zeitenmeeres. Ringsumher Krisen, nichts als Krisen, Königsmorde und Kabinettstürze, jedoch im „dritten Reich“ stehe ein geliebter Steuermann strahlenden Lichts und führe das Volk, getrieben von seinem „Dämon“, in die schönere Zukunft, wenn es auch heute noch dardben und entbehren müsse. Nur noch die Besessenen glauben ihm. Immer wilder brausen die Stürme über das Verdeck des fliegenden Braunauers.

Blicken wir über die letzten zehn Tage. Herr Brückner, bisher König in Rubezahl's Reich, sitzt auf Befehl seines „Führers“ unter dem Verdacht des Hochverrats im Gefängnis. „Um uns breitet sich der Schatten herber Enttäuschungen und tragischer Menschenschicksale“; so schreibt Brückners Ersahmann, der meistläliche Gauleiter Wagner, in einem Aufruf an die Bevölkerung Schlesiens. Das von Brückner gegründete schlesische Naziblatt fügt hinzu, der Führer habe gesprochen, und ein Nationalsozialist frage nicht nach den Gründen.

Aber wichtiger war Gottfried Feders Entfernung. Wir müssen an eine Episode erinnern, aus einer Zeit, als er noch im vollen Glanze des theoretischen Pioniers redend und schreibend für die große Sache des Nationalsozialismus warb. Es war im Jahre 1931. Der Deutsche Rundfunk war damals so liberalistisch verfeuert, daß er in Zwiesgesprächen politische Gegner vor das Mikrofon brachte. Da gab es einmal eine Unterhaltung zwischen dem sozialdemokratischen Hochschullehrer Professor Erik Nölling und Gottfried Feder, und Millionen hörten höchst interessiert zu. Feder, sprachlich unbeholfen und sektierisch an seine Formeln verhaftet, hat damals nicht sehr gut abgeköpft. Aber man hörte doch die verbissene Stimme eines Mannes, der an seine Sache fanatisch glaubte. Als „der Führer“ endlich alle Macht besaß, setzte er seinen früheren Instrukteur in Volkswirtschaft mit niedriger Parteinummer auf immer einflusslosere Posten, um schließlich von ihm und von der zu brechenden Zinsnechtheit gänzlich Abschied zu nehmen.

Weniger erregend war die Kolistellung des bisherigen Reichsfinanzkommissars Dr. Frank. Er hat die große Gleichhaltung der deutschen Juristen exekutiert, ohne Skrupel und besessen ehrgeizig, im Mark demoralisiert und besetzt durch besessene Morde. Dieser uniformierte frühere Münchener Rechtsanwält seißen Besichts hat vor deutschen Rechtslehrern und deutschen Richtern Sätze prägen dürfen, die noch in fernen Zeiten eine Schande für die deutsche Rechtspflege sein werden. Jetzt hat sich die alte Justizbürokratie wieder etwas stabilisiert. Sie hat durchgesehen, daß sie dem treuen Dienst am totalen Staat von diesem „Führer“ mit dem leichten Wildgeruch nicht mehr kommandiert wird. Frank ist noch Ehrenvorsitzender der „Gesellschaft für deutsches Recht“ geblieben, ein einflussloser Posten von verschliffenem Glanze.

Gleichzeitig aber vollzieht sich in noch höheren Regionen der braunen Apparatur ein heftiger Machtkampf neben dem anderen. Man weiß, daß es zwischen Göring und Goebbels nicht zum besten bestellt ist. In ihren erlesenen Spezialkirchen pflegen die Herren übereinander Worte zu prägen, die der liebenden Kameradschaftlichkeit sehr entbehren. Aber auch zwischen Goebbels und Rosenberg ist jetzt in aller Öffentlichkeit ein scharfer Rivaltätsstreit entbrannt. Der bisherige Geschäftsführer der Reichskulturkammer, Morellet, wurde von Goebbels plötzlich mit der Ueberwachung der künstlerisch-kulturellen Entwicklung der NSDAP betraut. Diese Ernennung ist ein offener Affront gegen Alfred Rosenberg, den kulturpolitischen Diktator durch Adolf Hitlers Auftrag. Rosenberg hat als Leiter des außenpolitischen Amtes der Partei in den letzten Monaten sehr viel an Einfluß verloren, be-

sonders seit Ribbentrops Missionsreisen. Um so heftiger hat er sich auf Weltanschauung und Kulturpolitik gestürzt, um wenigstens hier Herr und Meister zu bleiben.

Nun aber tritt Goebbels unter seinen Propagandarefforts auch die Sparte „Kunst“ und hält dauernd ethisch-ästhetische Reden, zu denen er nach Rosenbergs Meinung nicht gefugt ist. Im Besitz seines Monopolspruchs schrieb Rosenberg in diesen Tagen etwas erregt im „Völkischen Beobachter“, daß ihm und sonst keinem andern der Führer den Auftrag gegeben habe, die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der Bewegung zu überwachen. In den letzten Monaten strebten jedoch „ausgezeichnete Parteigenossen“, die auf ihren Gebieten außerordentlich wichtig seien, ihre Hand nach Kulturgestaltung aus. Kurz, es müsse, so schreibt Rosenberg, „ein Kiegel all denen Bestrebungen vorgeschoben werden, die Arbeiten für Organisation, Politik, Sozialfragen, Propaganda ohne weiteres gleichsetzen mit dem Anspruch, auf dem Gebiet der Kultur und Wissenschaft mitzubestimmen“. Er, Rosenberg, habe ein besonderes „Amt für Kunstpflege“, er habe die NS-Kulturgemeinde gegründet, zuständig für Kultstätten, Things, Drama und Film. Diese ganze Arbeit, so fügt er murrend hinzu, „kann nur geleistet werden, wenn nicht von Persönlichkeiten, die sich bisher mit nationalsozialistischer Kultur und Kunst nur wenig oder gar nicht befaßt haben, das positive Weiterarbeiten erschwert wird“.

Man sieht: die beiden Kulturmenschen Rosenberg und Goebbels streifen sich bereits vor allem Volke die Kermel hoch. Das hindert sie allerdings nicht, gelegentlich ganz einzig zu sein. In der Verdammnis Hindemiths und Kurtwänglers bezeugen sie die gleiche Enge der Hirne, dieselbe Geistfeindschaft und Fremdheit vor dem Urgefehl der künstlerischen Schöpfung, die immer nur atmen und wirken konnte in der Auseinandersetzung mit den überkommenen Kräften und Ideen.

In der Wirtschaft, in der Kirche, in der Kunst: es ist ein unübersehbliches Kommen und Gehen, von Abdankungen und Ernennungen, deren Begründung die Wahrheit vor der deutschen Öffentlichkeit verschleiert. Ein Minister intrigiert gegen den andern, hinter jedem stehen die lauernden Auhnießer und warten auf den Sturz. Hitler, der den Frieden mit Reichswehr und Hochkapitalismus endlich in der höheren Sphäre der Volksgemeinschaft stabilisieren will, wird immer reofusionärer im Kampf gegen die Widerpenstigen im eigenen Lager. Die ersten zwei der tausend Jahre des „dritten Reiches“ mustern eine lange Strecke von Gefallenen und Geopferten. Ach, sie hatten für sich wenigstens die Sonne von Dezennien erwartet!

Man hat dem parlamentarischen Regime oft nachgesagt, daß es so viele Menschen verbrachte, durch den Sturz von Kabinetten, durch Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Aber die Politik nach demokratischen Maximen pflegt ihre Gefallenen wieder in ihre Parteien zurückzuführen. Meist kehren sie eines Tages reißiger wieder. Vor dem Kronzeßeln des totalen Staates kennt man solche korrupte Lebensformen der politischen Humanität nicht. Wer hier stolpert, steht nie mehr auf; er trägt das Kainsmal des Partei- und Staatsverrats.

Im „dritten Reich“ gibt es nur drei Varianten für Männer, die versungen und vertan haben: die Abfegung, die Wechtung, den Mord. „Nur nicht drängeln, es kommt jeder dran“, wie Goebbels in der vergangenen Woche in der Dortmunder Westfalenhalle sagte.

Die vergiftete A'mosphäre

Ohrenbläser, Denunzianten, zersetzende Kreaturen

Der Senator für Inneres und Justiz in Bremen sagt in einer Verlautbarung u. a.: „Es häufen sich in letzter Zeit wiederum die Fälle, in denen Beamte und Angestellte, insbesondere meiner Behörde, die etwa drei Viertel der bremischen Beamten- und Staatsangestellten umfacht, angegriffen und in ihrer Ehre verletzt werden. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß das Geheh zur Wiederbestellung des Berufsbeamtentums hier in Bremen mit besonderer Schärfe durchgeführt worden ist und daß diese Aktion nunmehr grundsätzlich abgeschlossen ist. Es geht deshalb nicht an, daß Beamte und Angestellte heute immer noch verurteilt werden, weil sie vor dem Umbruch nicht der nationalsozialistischen Bewegung beigetreten sind. Im übrigen wird durch immer wiederlebende Ohrenbläser und Abfiehlichen vergifteter Pfeile aus dem Hinterhalt bei Parteidienststellen und in der Öffentlichkeit eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen, die ein ersprießliches Arbeiten der Behörden einfach in Frage stellt und die Arbeitsfähigkeit der Beamten in außerordentlich ungünstiger Weise beeinflusst. Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß diese üblichen Denunzianten selbst vor den höchsten Persönlichkeiten des Staates und der Bewegung nicht haltmachen, und ich werde es deshalb in nächster Zeit als meine besondere Aufgabe ansehen, daß diese zerlegend wirkenden Kreaturen, die ganz klar erkennlich nur das Interesse haben, den nationalsozialistischen Staat in seiner Aufbauarbeit zu stören, zur Rechenschaft gezogen werden.“

Der Zuchthausstaat

40 Illegale vor Gericht

Supertal, 17. Dezember.

Der Straffenat des Sondergerichts in Hamm hat im Schwurgerichtssaal des Supertaler Landgerichts gegen 40 ehemalige Anhänger der KPD verhandelt. 31 aus Remscheid und 6 aus Hückeswagen. Sie waren der Vorbereitung des Hochverrats, des Vergehens gegen das Schutzwaffengesetz und das Sprengstoffgesetz angeklagt. 33 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen von 1 1/2 Jahr Gefängnis bis zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Insgesamt wurden auf 21 Jahre und 9 Monate Zuchthaus und auf 39 Jahre und 7 Monate Gefängnis erkannt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, gegen drei wurde das Verfahren eingestellt.

Hitler verleugnet „Mein Kampf“

Der „Führer“ und Reichskanzler gegen sein Netz- und Schundbuch

Paris, 16. Dezember. (Anprek.)

Der französische Deputierte Jean Goy, der bereits in mehreren Provinzstädten über seinen Besuch bei Hitler sprach, hat in einer gestern im Pariser Theatre de la Madeleine gehaltenen Rede eine Enthüllung gemacht, die ein sensationelles Schlaglicht auf die Schwierigkeiten wirft, in denen das „dritte Reich“ sich gegenwärtig befindet. Goy's Mitteilung befaßt, daß führende nationalsozialistische Kreise Schritte unternommen haben, um aus der „Bibel des Nationalsozialismus“, dem Buche Hitlers „Mein Kampf“ fundamentale Stellen herauszubringen. Er wies einen Brief des bekannten Oberlindeber, datiert vom 7. Dezember, vor, in dem ihm dieser Hitleragent mitteilte,

„daß Goy und Ribbentrop Hitler vorgeschlagen haben, „Mein Kampf“ neu herauszugeben und in der Neuauflage die gegen Frankreich gerichteten Passagen, diese oft zitternden infernalischen Hofausdrücke, zu unterdrücken.“

Wie die Agentur „Anprek“ dazu weiter erzählt, soll es bei der Streichung der Frankreich feindlichen Stellen nicht bleiben. Goy und Ribbentrop haben Hitler außerdem vorgeschlagen, zu dieser Neuauflage ein besonderes Vorwort zu schreiben, das zu der Entstehung dieser „Bibel“ Stellung nimmt. Im übrigen ist es bemerkenswert, daß beide nicht aus eigener Initiative handeln, sondern ihren Vorschlag im engsten Einvernehmen mit führenden schwerindustriellen Kreisen überbracht haben.

Der Zweck dieses Autodafes ist klar. Das nationalsozialistische Deutschland befindet sich in katastrophalster und auswegloser Lage. Es muß und es will die außenpolitische Isolierung sprengen. Um das zu erreichen, greift es zur „Selbstverbrennung“, die Vertrauen schaffen soll und in Wahrheit nur eine scheinbare Kapitulation ist. Denn was ein Wort Hitlers wert ist hat Goy mit der Wiedergabe von Äußerungen Hitlers bewiesen, die der „Reichsführer“ bei

der angeblich aufrichtig geführten Aussprache zwischen ihm und den französischen Frontkämpfern gemacht hat. Goy teilt in seiner Rede mit, Hitler habe ihm über die Entstehungsgeschichte des Buches „Mein Kampf“ gesagt,

„es sei bei der damaligen Lage Deutschlands nicht verwunderlich gewesen, daß er „übertrieben“ (exagerer) habe.“

Obwohl also Hitler wußte, daß das, was er in seinem Manuskript schrieb, der crakten, selbst subjektiven Wahrheit nicht entsprach, hat er es nicht nur veröffentlicht, hat er nicht nur vor seinem Nachantritt in Hunderttausenden von Exemplaren des Buches Deutschland mit einer unwahren Darstellung der Lage überschwemmt — er hat auch noch dem 30. Januar 1933 alles gebilligt und gutgeheißen, wenn nicht angeregt oder befohlen, was in einer ungeheuren parteiamtlichen Propaganda neue Millionenauflagen sichern sollte und gesichert hat. Der Wert eines Hitlerwortes ist allein dadurch gekennzeichnet.

Was aber bedeutet im übrigen die Unterdrückung einiger Stellen? Daß atmet das ganze Buch „Allmächtiger Gott, segne dereinst unsere Waffen!“ — das ist der Schrei Hitlers, der bleibt. Wegen wen diese Waffen sich richten werden, wird nicht dadurch bestimmt, daß Hitler ein paar Seiten aus seinen Hofgefängen herausnimmt.

Mit den Worten „übertrieben“ umschreibt Hitler zart die Tatsache, daß seine Schreiberei und Rederei anderthalb Jahrzehnte lang tief verlogen war und er mit einer demagogischen Begerei ohne Gleichen sich in die Macht geschwungen hat. Was er jetzt tut, ist alles Verrat an seiner außen- und innenpolitischen Programmätze, geschieht leblich, um sich persönlich an der Macht zu halten. Die Welt hat sich zu fragen, was Verenerungen eines solchen Mannes für einen Wert haben.

Uebrigens bleibt auch noch die Frage, ob Hitler die Millionen Reichsmark Fautleinen, die er mit seinen „Uebertreibungen“ verdient hat, zurückgeben wird.

Ein neuer Kammersieg Flandins

Paris, 17. Dezember.

(Von unserem Korrespondenten)

Wieder hat Ministerpräsident Flandin einen Sieg in der Kammer davongetragen. Mit großer Mehrheit hat diese das von der Regierung eingebrachte Budget angenommen, wie sie sich schon vor einigen Tagen für das Verzeichnis entschieden. Man hat nicht den Eindruck, als ob die Regierung in nächster Zeit mit besonders viel Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Die kommende Woche bringt die Beratungen über die 800-Millionenforderung für Deereszwede. Wohl werden lebhaft Debatten im Parlament der Regierung klar machen, daß weite Kreise des französischen Volkes zumal in der letzten Krisenzeit, an einer Aufrüstung nicht interessiert seien. Selbstverständlich werden die Kommunisten gegen den Regierungsentwurf kämpfen. Die Faltung der Sozialisten steht noch nicht fest, da, wie wir an anderer Stelle mitteilen, innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion die Beratungen in dieser Frage noch nicht abgeschlossen sind. Es ist aber zumindest mit einer Stimmhaltung der Sozialisten zu rechnen, die angesichts der hitlerdeutschen Aufrüstung kaum geschlossen für eine Ablehnung der zusätzlichen Deereskredite zu haben sein werden. Die Debatte in der Kammer wird auch den einzelnen Rednern Gelegenheit geben, auf die „Friedensangebote“ Hitler zurückzukommen.

Man merk! die Absicht...

„Sorgen“ um die französischen Sozialisten

Paris, 17. Dezember.

(Von unserem Korrespondenten)

Durch die bürgerliche französische Presse geht die Meinung, daß es innerhalb der sozialistischen Partei krielt. In dieser Woche steht in der Kammer eine Nachforderung der Regierung in Höhe von 800 Millionen Franken für den Haushalt des Kriegsministeriums zur Debatte. Die Summe soll zur Beschaffung von Deeresmaterial dienen. Nach ihrer grundsätzlichen passivistischen Einstellung sind natürlich die Sozialisten wenig geneigt, dieser Forderung zuzustimmen, aber vor allem die in den Grenzdepartementen im Osten, in Elsch-Vorhingen gewählten sozialistischen Abgeordneten vertreten im Gegenatz hierzu die Auffassung, daß die von der Regierung geforderten Mittel nur zu Verteidigungszwecken gefordert würden und deshalb auch von den Sozialisten bewilligt werden müßten.

Den grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt vertritt vor allem der Parteivorsitzende Leon Blum, während auf der anderen Seite der Abgeordnete Trohard steht. Die Kammerfraktion hat sich nun in eingehender Debatte mit dieser Frage befaßt und eine aus je drei Vertretern der beiden Auffassungen bestehende Kommission gewählt, die sich mit dem Studium der zur Diskussion stehenden Frage beschäftigen und eine einheitliche Stellungnahme der sozialistischen Kammerfraktion vorbereiten soll. Besonders die Reichspresse hat nun das Gerücht verbreitet, als Rede die sozialistische Partei vor einer neuen Spaltung. Die sozialistische Kammerfraktion wendet sich nun in einer Erklärung gegen diese haltigen Gerüchte, und im „Populaire“ hat Leon Blum seinen journalistischen Kollegen, in Zukunft Mißtrauen gegenüber Informatoren zu bekunden, die ihnen erlogene und alberne Geschichten antischen.

Wann kommt Laval nach Rom?

Rom, 17. Dezember.

Dies zeigt man sich außerordentlich besorgt über die Verzögerung der Reise Laval's. In einem Leitartikel befaßt sich nun die „Tribuna“ mit diesen Sorgen, wobei sie sich bemüht, die Umgebungs der öffentlichen Meinung zu beruhigen.

Es ist klar, so sagt das Blatt, daß der Besuch im richtigen Augenblick stattfinden wird und daß die Kommentare der Zeitungen, anstatt ihn beschleunigen, ihn nur hemmen können. Wenn es zwei Nachbarhauptstädte gibt, die durch Puzzüge in direkter Verbindung zueinander stehen, so sind das wohl Paris und Rom; denn die Geografie kennt keine andere Grenze, die sie trennt, als die Alpen. Der Montenis Tunnel ist einer der ersten Beweise der Freundschaft der Völker gewesen. So werden, auch wenn Laval nicht auf dem Luftwege nach Rom komme, weniger als 24 Stunden genügen, mit Einschluß einer Nacht, die ihm erlaubt zu ruhen und, wie man sagt, zu überlegen.

Die Bedeutung der jüngsten Budapester Begegnung

Paris, 17. Dezember.

(Von unserem Korrespondenten)

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg und der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg haben am Sonnabend Budapest wieder verlassen, nachdem sie reichlich Gelegenheit gehabt hatten, mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös nicht nur die Fragen zu besprechen, die allein Österreich und Ungarn betreffen, sondern auch die gesamte europäische Lage zu betrachten. Die Besprechungen sind in enger Fühlungnahme mit Italien vor sich gegangen, und es ist kein Geheimnis, daß sie im Zusammenhang mit den Verhandlungsverhandlungen zwischen Rom und Paris standen.

In diesen politischen Kreisen hat man die Budapester Begegnung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Man ist auch über ihren Verlauf sehr gut orientiert, und man weiß, daß Mussolini die größten Anstrengungen macht, um einerseits Ungarns Mißtrauen gegenüber Italiens Politik zu beseitigen, andererseits Ungarn in eine Konstellation einzubringen, die letzten Endes nichts anderes bedeutet, als die Befriedung des Donauraumes. Es ist klar, daß dieses Ziel in Budapest am Freitag und Sonnabend noch nicht erreicht wurde, aber die aus der ungarischen Hauptstadt, ebenso wie aus Rom hierher gelangten Meldungen, lassen doch deutlich erkennen, daß ein wichtiger Schritt auf dem Wege gemacht worden ist, an dessen Ende die französisch-italienische Entente und die Verständigung Italiens mit der Kleinen und der Balkanente als lohnendes Ziel steht.

Krieg der Alten

Schonung der Jungen

Der Präsident des Instituts englischer Chemiker, Herbert Leplustein, sprach in einer Rede in Bristol vor, das militärdienstpflichtige Alter hinaufzusetzen und die englische Armee nur noch aus Soldaten zu bilden, die mindestens 40 Jahre alt sind. Er begründete diesen Vorschlag damit, daß die von der Wissenschaft und Technik erzielt Fortschritte Männern mittleren Alters das Kriegshandwerk weitaus leichter gemacht hätten, als dies noch 1914 der Fall war. Verluste der jüngsten wehrfähigen Jahrgänge seien biologisch viel schwerer zu ertragen, als verhältnismäßig gleich große Verluste von Männern mittleren Alters.

Wenn die Verwendung junger Leute im Kriege verboten wäre, ähnlich wie man bereits die Jugendarbeit an bestimmte Voraussetzungen geknüpft hat, in bestimmten Industrien untersagt habe, würde der Masse ein wichtiger Dienst geleistet. Es sei auch nicht einzusehen, so meinte der Redner, was die Staaten an militärischer Stärke verlieren würden, wenn die Dienstzeit erst mit 40 Jahren beginne. Es würde auf alle Parlamente zweifellos eine wohltuende Wirkung ausüben, wenn gerade die Jahrgänge von über 40 Jahren zuerst zu den Waffen gerufen würden. Die Jüngeren könnten im Kriege die Kontrolle der Etappe übernehmen, während die Älteren an die gefährlichsten Punkte zu schicken wären. Vierzigjährige seien ebenso imstande, Tanks zu heuern wie zwanzigjährige. Die ältesten Jahrgänge müßten in die schnellsten motorisierten Einheiten gesteckt werden und die Stütztruppen der Armee bilden.

Keine Maßnahme sei so sehr geeignet, den Krieg zu verhüten, wie die Dinaufhebung des Militärdienstalters — das wendelstiens in die Ansicht des Vortragenden, der offenbar davon ausgiht, daß die Älteren mehr oder weniger den Beschluß über Krieg und Frieden jeweils zu fassen haben.

Müller und Koch

Der Reichsbischof verliert

London, 17. Dezember.

Der Reichsbischof Müller hat, wie der Berliner Korrespondent der „Times“ berichtet, eine neue Niederlage vor dem deutschen Gericht zu verzeichnen. Der Führer der Bekennnis-Kirche, Dr. Koch, war von Müller vom Amt suspendiert worden, und hat jetzt, ohne daß die Suspension rückgängig gemacht worden war, sein Amt wieder übernommen. Dr. Koch hat Müller auf Joblung seiner Bezüge während der Amtsüberhebung verklagt und den Prozess zu seinen Gunsten gewonnen. Das Gericht hat, wie schon mehrfach, erkannt, daß die Aktion des sogenannten Reichsbischofs jeder rechtlichen Grundlage entbehrt.



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

Freie Gewerkschaften für Status quo

Geheimnisvolle Friedhöfe

Für die Opfer des 30. Juni

Seit einigen Wochen entstehen im Saargebiet nächtlich geheimnisvoll Friedhöfe.

Arbeiter, die zur Schlacht gehen, sehen in der Morgendämmerung plötzlich auf einer Wiese, in einem Waldstück, auf einer Lichtung Reihen von schmutzigen, weißen Kreuzen, ganz ähnlich denen, die man von den Ehrenfriedhöfen für gefallene Soldaten des Weltkrieges her kennt. Am Abend vorher war die Stätte noch leer. Der Gottesacker muß erst in der vergangenen Nacht angelegt worden sein.

Neugierig tritt man näher und sieht ein hohes, massiv und schmutzlos gezeichnetes Kreuz mit der Inschrift „Den 1184 Opfern des 30. Juni“. In einer Reihe damit zwei kleinere Kreuze mit den Namen Klausener und Probst. Dahinter in langen Reihen kleinere Kreuze mit den Namen vieler anderer Opfer des nationalsozialistischen Vordrängens, von Greger Straßer bis Schleicher, von Raahr bis Bredow.

Man begreift nun, daß Freunde der Gerechtigkeit und der Freiheit die Kreuze errichtet haben, damit das Volk an der Saar die Ermordeten des 30. Juni nicht vergesse und erst recht nicht ihre Mörder, die einen Tag der Schande und des Verrats, ihrer Schmach und ihres Treubruchs in die Blätter der deutschen Geschichte schrieben.

Die Arbeiter tragen die Kunde von dem neuen Friedhof in die Gruben und in die Eisenhütten, in die Dörfer und die Städte der Industriestädte. Eine Massenwanderung setzt ein. Männer und Frauen und Kinder strömen an die Gedächtnisstätte und erinnern sich gegenseitig an die vielen grassierenden Unläten im „dritten Reich“ drüben und an die hochgestellten Schuldigen, die sie auf dem Gewissen haben. Da steht auf den Kreuzen kein Name, der nicht urkundlich Zeugnis ablegt für einen gemeinen Mordanschlag und gegen blutbesudelte Mörder. Es sind leider Greuel der Zeit, die da in der Erinnerung aller aufwachen, und nicht ein einziges Grauel des Märtyrers.

Die Menschen vor den Kreuzen im winterlichen Boden sprechen gedämpft von dem, was in unser aller gemeinsamen Vaterlande seit dem 30. Januar 1933 geschieht und ausgetilgt hat, was bis dahin in unserem Volke bei aller notwendigen Kritik an der Justiz Recht und Gesetz gewesen ist. Man erinnert sich vor diesem Friedhof an die Dämonen der Rache und des Unfriedens, die durch Deutschland rufen, an ihre Folterkeller in braunen Häusern, an ihre qualvollen Konzentrationslager, an die tausende unschuldigen Eingekerkerten, an die auf der Flucht Erschossenen, an die Beraubten und die Bestohlenen, an die Geißelten, an die vielen Ermordeten, deren Gräber noch unbekannt sind.

Man denkt auch an den Obersten Gerichtsherrn, der das alles durch absolutistische Kabinettsjustiz und vor seinem stummen Bonzen- und Diäten-Reichstag für rechtens erklärt hat.

Nie sah man jemanden, der vor diesen weißen Kreuzen auf einem Friedhof für Ermordete die Hand erhoben hätte zum Grusse „Heil Hitler!“.

Die Kreuze stehen nur Stunden. Dann kommt die Behörde und entfernt sie. Das muß wohl so sein, denn wo sollte es hinfallen, wenn überall im Saargebiet Kreuze für die Opfer des „dritten Reichs“ aus dem Boden wüchsen? Das würden ja viele Friedhöfe von unabsehbarer Größe.

Aber wenn auch die Kreuze geheimnisvoll Entstehend an einer Stelle verschwinden, in einer der nächsten langen Winternächte stehen sie in einem anderen Wiesengrunde wieder auf, und wieder wandern die Menschen aus den Tälern und von den waldigen Höhen, um die Kreuze zu sehen und die Namen der Opfer zu lesen. Christliche Grabkreuze für die unter Hakenkreuz Erschlagenen!

Wer errichtet nächtlich diese Friedhöfe, deren christlicher, deren katholischer Charakter unverkennbar ist? Sind es kirchentreue und darum hitlerfeindliche Katholiken? Ist es katholisches Jungvolk?

Man weiß es nicht. Jedenfalls ist die Erde mit den Kreuzen geweiht aus dem Willen, im Zeichen des Kreuzes die Wahrheit zu fänden und festzuhalten, daß tausendfache Unläten noch der Sühne harren.

Um Deutschlands willen!

Saarländer im Reich

Gegängelt und betrogen

Man schreibt uns aus der Pfalz: Es erscheint zweifellos, auch einmal auf die zahlreichen Besuche von Saarländern hinzuweisen, die dann im Saargebiet über die herrlichen Zustände im Reich berichten sollen. Man macht in der Pfalz den Bis, es sei jetzt die Anschaffung von Käfigen in Aussicht genommen, damit die Abschließung der Gäfte aus dem Saargebiet noch besser möglich ist als jetzt. Die armen Saarländer können sich nie ohne Begleitung bewegen und werden in raffinierter Weise über die wahren Verhältnisse getäuscht. Von den wirklichen Zuständen können sie weder etwas sehen noch hören, denn auch die Unterbringung wird stets sehr sorgfältig vorgenommen und es wird sich ein Wächter hüten, diesen Gästen Vorträge über die Wirklichkeit zu halten.

Die Einreise verweigert

Aus London wird berichtet, daß dem katholischen Priester Peter Helfrich, der in England an einer Sitzung des Ausschusses zur Unterstützung der Opfer des deutschen Faschismus teilnehmen wollte, die Landungsurlaubnis verweigert wurde. Er wollte am Sonntag in Liverpool sprechen

Am Sonntagnachmittag, unmittelbar nach der großartig verlaufenen Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustrie-Arbeiter, hielten die freien Gewerkschaften des Saargebietes in Saarbrücken eine Konferenz für ihre Funktionäre ab. In ihr sollte die endgültige Stellungnahme zur Saarabstimmung erfolgen. Die Tagung nahm einen erhebbenden Verlauf. Jeder einzelne der 450 Delegierten aus dem ganzen Saargebiet bekannte sich mit Freuden für die Parole des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Saargebiet, die nach den trostlosen und barbarischen Wirtschaftszuständen in Hitler-Deutschland nicht anders ausfallen konnte als für den vorläufigen Status quo!

Diese Parole, die sicher den unverfälscht deutsch fühlenden Delegierten der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft nicht leicht gefallen ist, kam erst recht auf Grund der feierlichen Erklärungen vor dem Völkerbund zustande, nach denen der Status quo nur ein vorübergehender Zustand ist, der ohne weiteres abgeändert werden kann, wenn der Faschismus in Deutschland gestürzt ist und das Saarvolk dann einmütig die Rückkehr nach Deutschland vom Völkerbund fordert. Angesichts dieser unerschütterlichen Möglichkeit haben die Delegierten der freien Gewerkschaften die Parole für den vorläufigen Status quo einzutreten mit stürmischer Freude und Begeisterung angenommen, weil diese Regelung ihnen und Tausenden von Saarländern Gelegenheit gibt, sich gegen das verhasste braune System im Reich auszusprechen, ohne dadurch ein für allemal einen Trennungsstrich zwischen dem Saargebiet und dem Mutterlande zu ziehen.

Von großer Bedeutung für die Einstellung der Delegierten waren auch noch die podenden Ausführungen des Vorsitzenden der freien Gewerkschaften, Fritz Dobisch, der noch einmal den Standpunkt der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft des Saargebietes der Versammlung so klarlegte, wie er ihr durch die politische Ungerechtigkeit und Brutalität und Gegenständigkeit des Nationalsozialismus aufgezwungen wurde.

Eine wertvolle Ergänzung der Ausführungen des Vorsitzenden waren die kurzen, aber prägnanten Erklärungen der einzelnen Verbandsvorsteher. Erfüllung von Begeisterung für die gerechte, für die christlichere, für die menschenwürdigere Sache unterbauten sie mit ihrer Kenntnis der Arbeiterstimmung die Parole für den vorläufigen Status quo auf die mitreißendste Weise. Jede neue Zustimmung war ein weiteres Unterpfand für den sicheren Sieg und wurde daher mit steigender Freude angenommen.

Ihren Niederschlag fand die Meinung der Delegierten der freien Gewerkschaften in einer, einhellig angenommenen

Einigung und Einheit der Bergleute

Die Bergarbeiterverbände geschlossen für den Status quo

Die Einheitsfront der Bergarbeiter im Verband der Bergbauindustriearbeiter ist durch die Vereinigung mit dem Einheitsverband der Bergarbeiter Tatsache geworden. Die Delegierten des Verbandes haben gestern vormittag mit Beifall die Vorarbeiten begrüßt und dann freudig einstimmig den Vereinbarungen zugestimmt. Es gibt von jetzt ab im Saarbergbau als gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter nur noch den freien Bergarbeiterverband. Der christliche Gewerksverein ist nicht mehr als Gewerkschaftsorganisation anzusprechen, da er hundertprozentig in die Ver-Organisation zum Vorteil des Unternehmertums eingeordnet ist. Dieses wird Ansporn für die Bergarbeiter sein, nun ihre Massenorganisation durch Gewinnung neuer Mitglieder noch stärker zu einem Machtfaktor im Saarbergbau auszubauen.

Mit dem Beschluß der Generalversammlung der freien Bergarbeiter ist im Saargebiet die gewerkschaftliche Einheitsfront (nachdem die Verbandsarbeiter, Bauarbeiter usw. die Einheit schon vor einiger Zeit hergestellt hatten) auf der ganzen Linie vollendet.

In zweifelhafte Ausführungen beschloß sich Schwarz eingeweiht mit der durch das Hitler-System im Reich und an der Saar geschaffenen Situation. Unter dem Beifall der Versammelten geißelte Schwarz das durch Verbrechen aufgerichtete und durch schamlosen Terror sich noch haltende braune Regime. Von der Saar muß Hitler ferngehalten werden. Freiheit, Recht und Leben der Menschen müssen gesichert werden. Darum gibt es jetzt, nachdem vom Völkerbund die zweite Abstimmung gesichert ist, nur die eine Möglichkeit der Entscheidung:

Der Saarbergarbeiter stimmt am 13. Januar für Status quo!

In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

Die Delegierten des Verbandes wollen ihre Heimat, das Saargebiet, von Konzentrationslagern, der Unfreiheit und der menschlichen Unkultur, des Rassen- und Völkerverhaßes und von dem früheren Stumm-Silber-System freihalten. Sie wollen ihre deutsche Sprache, Sitte und Kultur verteidigen. Sie wollen ihre Heimat deutsch und der wahren Volksgemeinschaft erhalten.

Die Saarbergarbeiter dienen dem Frieden, der Befreiung, der Freiheit, den wirtschaftlichen Interessen, den Lebensmöglichkeiten für ihre Familien sowie ihrem Deutschtum am besten, wenn sie sich für die vorläufige Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes, genannt „Status quo“ entscheiden.

Diese Entscheidung fällt uns am so leichter, da der Völkerbundrat die Mitbestimmung der Bevölkerung und den späteren Wunsch in ein freies Deutschland zurückzuführen feierlich zugesichert hat.

Die Renten und Pensionen sind garantiert! Die Garantie wurde vom Völkerbundrat erneut bestätigt.

Entschließung,

in der es heißt:

Die am Sonntag, 16. Dezember 1934, in Saarbrücken tagende Delegierten-Konferenz der freien Gewerkschaften des Saargebietes nimmt zur Volksabstimmung am 13. Januar 1935 folgende Stellung ein:

In der Schicksalsstunde des Saargebietes betonen Führer und Mitglieder der freien Gewerkschaften, daß sie getreu ihrer vielfältigen Verbundenheit mit dem deutschen Mutterlande in den hinter ihnen liegenden 15 Jahren den deutschen Belangen gedient und sie in jeder Weise vertreten und geschützt haben. Gleich den andern Volksgenossen ersehnten sie den Tag der Wiedervereinigung, an dem damit ein entscheidendes Stück des Vertrages von Versailles sein Ende gefunden hätte.

Aber das Deutschland der Gleichheit, des Rechts und der Freiheit ist nicht mehr. Die kurze Zeitspanne einer zweijährigen nationalsozialistischen Macht Herrschaft haben genügt, das deutsche Volk aller Freiheiten zu berauben, die es sich als einziges Gut aus den Schrecknissen des Krieges erkämpft und erhalten hat. Mit ganz besonderem Fanatismus wurden die Gewerkschaften zerstört und dem Arbeiter jenes Gut aus den Händen genommen, mit deren Hilfe sie sich in Jahrzehnte langem Ringen ein menschenwürdiges Dasein erkämpften. Statt Freiheit, wie es dem Volke versprochen, ist unterschiedlos auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens Unterdrückung und Unfreiheit getreten.

Vor dieser Unfreiheit mit ihren grauamen Begleiterscheinungen — der Konzentrationslager, der Verfolgung und Entfremdung wehrloser, nur ihrem sozialistischen Glauben treu gebliebener Menschen — wollen die Versammelten ihre Heimat bewahren. Nachdem der Völkerverbundrat klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat, daß das souveräne Saarvolk zu einem späteren Zeitpunkt seine nationale Ordnung erneut ändern könne, empfehlen wir allen unsern Mitgliedern, sich am 13. Januar 1935 für den Status quo zu entscheiden.

Wir erklären, uns wie bisher unbeirrt für die Erhaltung von Sprache, Sitte und Kultur unserer Väter einzusetzen. Wir wollen eintreten für Frieden und Völkerverständigung, gleichzeitig aber auch für die Interessen und Lebensmöglichkeiten der Saarbevölkerung.

Die Delegierten richten daher an die gesamte Arbeiter- und Angehörigenstunde den glühenden Appell, am 13. Januar 1935 mit ihrer Stimme für die Freiheit der Saargeimat einzutreten. Wir dienen damit dem Vaterland und der freigewerkschaftlichen-sozialistischen Ehre. Alles für Deutschland — gegen die Barbarei und die Unkultur des Nationalsozialismus!

Die Delegierten der Generalversammlung beschließen aus obigen Gründen, am 13. Januar 1935 im Interesse der Deutscherhaltung und der Zukunft ihrer Saargeimat sich vorübergehend für das freie deutsche Saargebiet zu entscheiden.

Der Kongreß der Saarjugend

In Saarbrücken fand der Kongreß der Saarjugend statt. Der Saal des Deutschen Hauses in Burbach war bis auf den letzten Platz gefüllt und es nahmen an dem Kongreß rund 600 Delegierte der Saarjugend teil. In der Versammlung herrschte eine prächtige Kampfstimmung und wiederholt klangen die Kampflieder der Junagewerkschaften. Der Kongreß gedachte der zahlreichen Opfer des Hitlerfaschismus. Er wählte in sein Ehrenpräsidium Dahlmann, Hierendorf und Dimitroff und gedachte des auf dem 13. März 1934 Befehl gefälligen zwanzigjährigen Jule-Kettinger, der nachgewiesenermaßen unschuldig zum Tode verurteilt wurde.

Nach Erich Weinert, der seine Kampfbroschüre vorgelesen hat, sprachen einige Jugendliche und dann die Führer der Einheitsfront Fritz Florid und Max Braun. Braun betont, daß trotz des Phaschismus, daß die „deutsche Front“ aus schlotternder Angst und Unsicherheit befreit um die Frage spinnen möchte, die Möglichkeit der zweiten Abstimmung und damit der späteren Rückkehr in ein freies Deutschland einzuordnen. Daher der Beifallssturm gerade an dieser Stelle mit besonderer Begeisterung, weil weiß wieder, was eigentlich nicht notwendig wäre, gegenüber der Diffamierung von Seiten der „deutschen Front“ aber immer wieder betont werden muß, daß die Saarjugend wie das gesamte Saarvolk deutsch ist, aber gerade, weil sie Deutschland liebt, gegen Hitler stimmen wird.

Von besonderem Interesse war die Diskussion. Es meldeten sich zahlreiche Jugendliche, darunter ehemalige SA-Mitglieder, Deutschfrontler, ein früherer Schularbeiter, mehrere Mitglieder der Hitlerjugend, ein SA-Mitglied aus dem BDM, ein katholischer Student und einige Junagewerkschaftler. Sie alle bekundeten ihre Entschlossenheit, sich für die Freiheit der SAJ und der SAJ für Deutschland gegen Hitler zu kämpfen.

„Positives Christentum“

Warnung für Saarkatholiken

Im Verlag J. B. Bachem, Köln, ist jetzt eine neue Auflage (11. bis 13. Tausend) der „Katholischen Predigten im Hohen Dom zu Köln 1934 von P. Fritz Scharf, S. J.“ herausgegeben. Christen und sein Reich, in der Kirche von heute. Dem Buchlein liegt ein grüner Beleg bei: Die 3. Predigt fehlt in dieser Ausgabe, da sie beschlaghaft ist. Ermäßigter Preis: Gebunden RM. 0,90, Manuskript RM. 1,20.

Der Deutsche Volksbund marschiert!

Der neugegründete „Deutsche Volksbund für christlich-sozialen Gemeinwohl“ hat die Front der Birkenen durch-
ziehen und bringt systematisch im Saargebiet vor. Bezeich-
nend für den Erfolg des Deutschen Volksbundes für christlich-
sozialen Gemeinwohl ist es, daß in den ersten Tagen seiner
Gründung allein in Saarbrücken 3000 Einzeichnungen vor-
genommen wurden — ein enormer Erfolg, wenn man be-
denkt, wie sehr die Bevölkerung unter dem Terror der
„deutschen Front“ leidet.

Diesen Samstag hat der Volksbund in der zweitgrößten
Stadt im Saargebiet, in Neunkirchen, eine Kundgebung
abgehalten. In der gutbesetzten Versammlung sprachen die
beiden Hauptreferenten des Volksbundes, die ehemaligen
Reichstagsabgeordneten Rüdiger Rübner und Ambusch.
Rübner befaßte sich insbesondere mit der öffentlichen
Frage der gleichgeschalteten Presse, die ihren Lesern immer
wieder eintrudelt, daß eine zweite Abstimmung
nicht möglich sei. Gerade im Interesse einer ungeleiteten
Rückkehr des Saargebietes zum Mutterlande müßte man
heute für den Status ausstimmen. „Später“, rief Rübner
aus, „muss wieder Ruhe und Ordnung herrschen, werden wir
alle gemeinsam in unser geliebtes deutsches Vaterland
zurückkehren! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es nicht
nur unter Recht, sondern unter heilige Pflicht ist, das
drohende Unheil eines Stillestands von der Saar abzu-
wehren.“

Ambusch unterstrich ebenfalls die Möglichkeit der
zweiten Abstimmung und lehnte sich dann scharf mit den

deutschen Nachbarn auseinander. Unter großem Beifall
der Versammelten sagte er: „Wir sind nicht der Auffassung,
daß ein Mensch diktiert und 65 Millionen sollen bedingungs-
los gehorchen.“ Ambusch stellte den so viel geschmähten
vierzehn-jährigen die Mißwirtschaft der Stillestandesregie-
rung gegenüber, die es gänzlich soweit gebracht hat, daß Deutschland
auf der ganzen Welt seinen einzigen Freund mehr hat. Seine
alanzende Rede schloß Ambusch mit folgenden Worten:

„Wir verlangen ein Deutschland der Freiheit, ein Deutsch-
land christlicher Kultur, ein Deutschland, in dem wirt-
schaftlich verheerend gehandelt wird! Wir wollen ein
langweiliges Deutschland, ein Deutschland des Friedens, und
wollt mir es wachen, deshalb fordern wir dafür, daß das
Saargebiet vorläufig selbständig bleibt! Wir wollen uns
nicht einschüchtern lassen!“

An dem gleichen Abend fand in dem kleinen Orte
Piesbach eine Kundgebung des Volksbundes statt, die,
trotz des Terrors der „deutschen Front“, sehr gut besucht
war. In der Versammlung sprach Oberreferent
Hoffmann von der „Neuen Saar-Vost“, der u. a.
auch über das Ergebnis der Genfer Tagung und dann auch
speziell über das Saargebiet sowie zur Frage der Sicherheit
der Renten und Pensionen sprach. Er schloß mit den Worten:
„Wir stimmen am 13. Januar für Christus und Deutschland,
gegen Hitler und das Neubeidenium!“

Kampf zwischen einem englischen Polizeioffizier und Einheimischen

Amtlich

Der Präsident der Regierungskommission stellt mit:
In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1934 verhielt
ein Polizei-Offizier mit seinem Kraftwagen in der
Wödenstraße zu drehen und verlor, als er bei dieser
Gelegenheit mit dem Wagen auf den Bürgersteig kam, eine
dort stehende Person. Dies war der Anlaß zu einer
Menschenanklammung.

Die Menge nahm gegen die Insassen des Wagens
— es waren außer dem Polizei-Offizier noch zwei weitere
Personen in dem Wagen — aus einem bis jetzt noch nicht
endgültig geklärten Grunde eine drohende Haltung
ein, insbesondere gegen den Polizei-Offizier. Es
kam zu einem Handgemenge, wobei mehrere
Schläge fielen, durch welche eine Person durch einen
Schulstreich verletzt wurde. Der Polizei-Offizier wurde
durch Stöße und Schläge ebenfalls verletzt und wurde ins
Krankenhaus gebracht. Die bisher geklärten
Ermittlungen werden von der Polizei nach Abschluß dem
zuständigen Gericht übergeben werden.

Die Polizei hat für die Behauptung dieses Falles die
bestmögliche Weisung erhalten bei der Erhebung mit
aller Strenge vorzugehen und Verleumdungen ohne
Anlaß der Person unnahezu vollständig zu verfolgen. Bis zur
endgültigen Klärung der Angelegenheit ist der Polizei-
Offizier seines Amtes enthoben worden.

Augenzeuge

Von einem Augenzeugen wird berichtet:
Wegen 8.15 Uhr am Sonntagmorgen kam ein Auto aus der
Hohenzollernstraße und bog in die Wödenstraße ein. Die
Insassen des Wagens waren zwei Herren und eine Dame.
Der Wagen nahm die Kurve zu kurz und fuhr mit dem
rechten Vorder- und Hinterrad auf den Bürgersteig auf.
Dabei wurde eine Frau angefahren.

Der Wagen hielt. Ein Herr stieg aus und wollte der An-
gefahrenen als Schmerzensgeld 50 Mark anbieten. An-
wärtigen hatten sich aus dem Vokal Galin, Gde Wöden-
und Hohenzollernstraße, etwa 10 Personen angesammelt. Sie
riefen dem Mann zu, er solle das Geld unter keinen Um-
ständen annehmen.

Es kam zu einer Auseinandersetzung. Der Mann war
nicht abgeneigt, das Geld anzunehmen, aber die Hinzu-
kommenen verhinderten das. Einer der aus der Wirtschaft Ge-
kommenen sprach auf das Trittbrett des Wagens und rief:
„Amerikaner, haltet Ruhe!“ Darauf erklärte er dem Eng-
länder im Wagen: „Sie hören hier auf mein Kommando.“
Das verbat sich der Engländer. Darauf rief der Wortführer:
„No, dann macht, was ihr wollt.“ Das war das Zeichen
zum Handgemenge.

Der Engländer wurde zusammen geschlagen, über
den Boden geschleift. Er leide bis zur Wehr und ist
zweimal durch einen Schuß verletzt einer der Umstehen-
den eine leichte Bauchverletzung (Streifen). Der
zweite Schuß traf nicht. Kurze Zeit später kam das Ueberfall-
kommando.

„Gegen 3 Uhr nachts“

Die „Saarbrücker Zeitung“ läßt sich offenbar von Be-
teiligten folgendes Bericht geben:

Von anderer Seite geht uns über die Angelegenheit ein
Bericht zu, der auf Grund von Zeugenaussagen abgefaßt
ist und die obige Darstellung in einigen Punkten ergänzt.
Danach hat sich der Zwischenfall wie folgt abgepielt:
Wegen 3 Uhr nachts fuhr ein mit drei Personen besetzter
Personenwagen, an der Gde Hohenzollernstraße und
Wödenstraße in Barker's Fahrt in eine Menschengruppe auf
dem Bürgersteig.

Der Autolenker ist vor mehreren Wochen in die saar-
ländische Polizei eingeschickter Polizeioffizier eng-
lischer Nationalität, hatte die Herrschaft über das Steuer
verloren, da er sich in angetrunkenem Zustand befand.
Die Person im Wagen wurde bei dem Unfall zu
Hohen geschleudert und befindet sich teilweise erheblich zu
Schaden gekommen. Besonders bedauerndwert ist es, daß
dabei eine junge Frau verletzt wurde, die guter Hoffnung
ist.

Auf die Differenz ersten mehrere Passanten zur Un-
günstigen, die sofort die Polizei alarmierten und
auf den englischen Polizeioffizier das Verlangen
hätten, vor den naturverbliebenen polizeilichen Ermittlungen
den Fall nicht zu verlassen. Als er trotzdem Anhalten
trug, den Wagen wieder in die Fahrstraße zu bringen,
fielen sich mehrere Personen in den Weg und machten
übermäßig darauf aufmerksam, daß das Eintreffen der
Polizeibeamten abgewartet werden müsse. Darauf zog der
Engländer, ohne irgendwie bedroht zu sein, die Pistole und
schuß, als ihm der Weg nicht freigegeben wurde, in die
Menschengruppe. Er schuß zwei Schüsse ab durch die eine
Person verletzt wurde. Als er zum dritten Schuß ansetzte,
wurde ihm der Revolver entwendet. Der Polizeioffizier,
der sich in Abwehrhaltung befand, setzte sich heftig zur Wehr,
so daß die Umstehenden gezwungen waren ihn zu über-
wältigen.

Die Hetze

Der stellvertretende Landesleiter der „deutschen Front“,
Niermann, begab sich am Sonntagmorgen nach Saarbrücken
und Prüfung des Zwischenfalles in Saarbrücken
zu dem anwesenden holländischen Mitglied der Ab-
stimmungskommission, Herrn de Jongh um gegen das
unbilligste Verhalten des englischen Polizeioffiziers
— bei dem es sich wohlwahrhaftig nicht um einen Angehörigen
der in Amorbach befindlichen Abstimmungs-Polizeitruppe
handelt — härteste Verwahrung einzulegen. Gleichzeitig
verlangte Niermann neben strengster Abmahnung vor-
beugende Maßnahmen dafür, daß die Bevölkerung in Zu-
kunft vor derartigen Vorfällen bewahrt bleibt.

Die „deutsche Front“ kämpft:
Der „Zwischenfall“ ist symptomatisch für die
Situation an der Saar und unterstreicht wieder — und
dieses Mal blutig — wie dringend notwendig es ist, daß
das unwürdige Spiel an der Saar endlich zu Ende
geht.

Ein englischer Polizeioffizier — er soll früher in
Südafrika gewesen sein — der in einem rein deutschen
Land, gegen den Willen der Bevölkerung
als Polizeioffizier eingestellt wird, be-
trübt sich, daß durch die Strahlen Saarbrückens ver-
letzt eine schwangere Frau lebensgefährlich
und schließlich, als ihn die erregte Menge auffordert, bis zum
Eintreffen der Polizei zu warten, blindwütig um sich
vorsetzt, das ist ein weiterer Verstoß. Man stelle sich einmal
vor, das ist ein Deutscher in England! Man kann es sich
gar nicht vorstellen, weil allein schon der Verlust es zu
tun, einladend nicht aequum. — Wir können uns höchstens
vorstellen, daß heute eine nationalsozialistische Separatisten-
Journaliste sich auf dieses „Ereignis“ stützt, um es in
üblicher Manier zu einer „Terroraktion der Deutschen
Front“ zu machen. Aber das ist nebensächlich.

Das Verhalten des Betrunkenen ist einfach un-
entschuldigbar, schon deshalb, weil er sich hier in einem ihm
persönlich gar nicht angehenden Ab-
stimmungsgebiet befindet und als Engländer die
verdammt Pflicht und Schamhaftigkeit hat, das Verhalten seiner
Nation — wenn er schon einmal hier ist — durch würdige
Disziplin und Gentleman-Verhalten zu wahren.

Ein Automobilist

Von einem unbeteiligten Automobilisten, der dem Aufritt
beimohnte, wird uns geschrieben, daß sich der Polizeioffizier
etwamündig benommen habe. Er habe sofort gehandelt, habe
sich nach dem Beiraten der Verletzten erkundigt, habe Gut-

Die feierliche Verpflichtung des Völkerbundes

Noch immer versucht die „deutsche Front“ das Ergebnis
der letzten Tagung des Völkerbundes zu verdrehen
und zu verfälschen. Obwohl feststeht, daß die Abstimmung
am 13. Januar im Falle des Sieges des Status quo kein
endgültiges sein wird, läßt man den Abstimmungsberechtig-
ten das Gegenteil vor. Wie im neutralen Ausland die
Frage beurteilt wird, zeigt ein aus Genf datierter Aufsatz
„Das Selbstbestimmungsrecht der Saarländer“ der „Neuen
Zürcher Zeitung“ (Nr. 2277) dem wir folgende Parteien
entnehmen:

Offenbar ist man in den Reihen der „deutschen Front“
selbst im Zweifel darüber, wie sich die Saarländer verhalten
werden, wenn sie zu der Ueberzeugung kommen sollten, daß
sie am 13. Januar 1935 durch eine Stimmabgabe für den
Status quo der Einbeziehung in das nationalsozialistische
Regime entgegen könnten und trotzdem das Recht behalten
würden, die ersehnte Wiedervereinigung mit Deutschland zu
verlangen, sobald ihnen die politischen Begleiterscheinungen
erspart bleiben, die heute mit der Rückgliederung zum Reich
verbunden wären. Das ist eine Frage, die heute noch kein
Mensch beantworten kann. Die „deutsche Front“ geht darüber
auch hinweg und erklärt vielmehr, daß man mit dieser Art
der Fragestellung überhaupt nur Verwirrung in die
Saarbevölkerung hineintrage.

Als noch allgemein die Meinung herrschte, daß das Ergeb-
nis der Volksabstimmung endgültig sei, wird eine Entschel-
dung für den Status quo ein für allemal die Trennung
von Deutschland bedeuten, hatte die „deutsche Front“ einen
verhältnismäßig leichten Stand.

Die überwältigende Mehrheit der Saarbevölkerung wäre
bereit, Abneigung und Bedenken gegen die politischen Zu-
stände und die Ungewißheit der nächsten Zukunft im Reich
zurückzustellen, wenn sie ihnen sonst unwillkürlich die Zu-
sammengehörigkeit mit Deutschland zum Opfer bringen
müßte. Darum stellt man bei der „deutschen Front“ heute die
Dinge so dar, daß die neue Definition des Status quo über-
haupt bloß ein „Verwirrungsmanöver“ sei. Die Erklärung
Laval's und die Bestätigung Benelux, daß der Völkerbunds-

schädigung angeboten und habe auch keinerlei Anstalten ge-
troffen, sich zu entfernen. Das Verhalten der Neugierigen
habe sich erst gegen den Offizier gerichtet, als Hinzukom-
mende, die den Vorfall gar nicht erlebt hätten, aufgeregt, auf
den Offizier einredeten, so daß dieser allmählich in Bedräng-
nis geraten sei und sich bedroht fühlen konnte.

Strengste Disziplin!

Das der wüste und folgenschwere Zusammenstoß sich gegen
3 Uhr früh ereignete, spricht für die Möglichkeit, daß beide
Parteien nicht mehr unbedingt nüchtern waren. Auch Mit-
glieder der „deutschen Front“, die sich um 3 Uhr früh noch in
Kaffee oder auf der Straße befinden, dürfen nicht nur
Kaffee und Limonade getrunken haben.

Polizeibeamte, zumal Offiziere und Ausländer, in einem
mit soviel Explosionsstoffen geladenen Abstimmungsgebiet,
haben aber wesentlich höhere Pflichten als Zufallspassanten.
Die deutsche Bevölkerung, ohne Unterschied der Natio-
nality, muß verlangen, daß dieses nächtliche Drama nicht nur zu
einer strengen Untersuchung und Bestrafung in dem Einzelfall
führt, sondern daß die Regierungskommission und die
Abstimmungskommission für strengste Disziplin der fremden
Polizei und der anrückenden fremden Abstimmungsgruppen
sorgen.

Ein pol'scher Ueberfall

In einem weiteren politischen Zwischenfall kam es während
der Nacht zum Sonntag im Stadtteil Burbach. In der Ver-
straße wurden zwei Stillestandler, die Arbeiter Bach und
Trapp, gegen 2 Uhr nachts auf dem Heimwege durch eine
Gruppe des sogenannten Ordnungsdienstes der deutschen
Front überfallen. Die Deutschfrontler schlugen mit Schlag-
ringen und anderen Gegenständen auf die Ueberfallenen ein,
so daß diese schwere Kopfverletzungen davontrugen. Ein
dieser „Beldentat“ klagte die Täter und entkam, ehe
polizeiliche Hilfe zur Stelle war. Wie wir hierzu auf Anfrage
bei der Polizei erfahren, ist an den Kopfverletzungen der
Ueberfallenen einwandfrei festgestellt worden, daß die An-
griffe zumindest mit Schlägern versehen worden sind. Die
Ermittlungen nach den Tätern waren bisher noch
erfolglos.

Teure Hitlerstimmen

Man schreibt uns aus dem Reich:

In einer norddeutschen Stadt wohnt ein Marxist, der
wegen seiner Ueberzeugung viele Monate in Schutzhaft
lag. Er ist abstimmungsberechtigter Saarländer. Die Ord-
nungsgruppe des „Bundes der Saardeutschen“ trat an ihn heran
und forderte ihn auf, unter allen Umständen zur Teil-
nahme an der Abstimmung ins Saargebiet zu reisen.
Gleichzeitig scherte ihm der „Bund“ freie Fahrt und Speise
für einen vierzehntägigen Aufenthalt im Saargebiet zu.
Als der Abstimmungsbeauftragte darauf hinwies, daß ihm
und seiner Familie für die Dauer seiner Reise das Voh-
nekommen fehlen würde, übernahm der „Bund“ auch die
Erstattung eines zweimonatlichen Vohnausfalles. Der
Abstimmungsbeauftragte hatte für die Reise aber keine ge-
eignete Kleidung. Er machte den Bundesobmann auf diesen
Mangel aufmerksam. Der Obmann rief ihm, einen Antrag
auf eine Beihilfe zur Beschaffung geeigneter Reisekleidung
zu stellen. Nach wenigen Tagen wurde ihm vom „Bunde“
schriftlich mitgeteilt, daß ihm ein weiterer erheblicher Be-
trag zum Kleidungskauf zur Verfügung gestellt werde.
Teure Hitlerstimmen am 13. Januar!

Vorausgesetzt, daß sie überhaupt für Hitler abgegeben
werden!

Saarländer aus Nordamerika

Deute verlassen rund 300, in New York lebende, frühere
Saarländer Amerika, um auf der „Bremen“ nach Deutsch-
land abzuwandern und von dort ins Saargebiet weiter
zu reisen.

Nach Erklärungen des deutschen Konsuls in New York, Dr.
Borchers, entstehen den Abstimmungsberechtigten nicht nur
feinerliche Reisekosten, jeder erhält sogar noch zur Hebung der
Stimmung für Hitler einen Betrag von 50 Dollar in bar.
Insgesamt sollen in dieser Weise 1000 in Amerika lebende
Abstimmungsbeauftragte wahrlich gemacht werden. Die Be-
träge werden von einer Allianz des deutschen Propaganda-
ministeriums der „New Yorker Gesellschaft der Saarländer“,
angeführt, sie sollen sich auf rund 50.000 Dollar belaufen.

rat sich der Bedeutung dieses französischen Aktes bewußt sei,
könnte niemals als ausreichende Grundlage für die Ver-
haftung von der Möglichkeit einer zweiten Saarabstimmung
ausgegeben und anerkannt werden. Die Worte des
französischen Außenministers und des Staatspräsidenten, der
nach formeller Befragung die Zustimmung des Völkerbunds-
rates schickte, haben keinen rechtlich verbindlichen Charakter,
auf Grund derer später eine klare Verpflichtung
des Völkerbundsrates zur Veranstaltung eines neuen Ple-
biszits besteht und geltend gemacht werden könne. Das ist die
Aussage, welche die „deutsche Front“ der Annahme des
Saarbeschlusses durch den Völkerbundsrat gibt. Sie will um
jeden Preis verhindern, daß der Glauben an die Möglichkeit
einer zweiten Abstimmung in der Saarbevölkerung Wurzeln
fasse und „Verwirrung“ anrichte, aber gerade dieses Ver-
halten zeigt, daß die Partei der Rückgliederung selbst der
Parole des Status quo eine gewisse Jaakraft beizumessen und in
Sorge sein muß, sie könnte sich durchsetzen, wenn die Saar-
länder von der Möglichkeit einer zweiten Abstimmung sich
überzeugen ließen.

In Wirklichkeit bedeutet natürlich die Erklärung Laval's
ein feierliches Engagement Frankreichs, und der gesamte
Völkerbundsrat hat, obwohl er darüber keine Worte
machte, in ebenso feierlicher Form die Verpflichtung über-
nommen, ein zweites Saarplebiszit zu veranstalten, wenn
sich die Saarländer vorläufig für den Status quo aus-
sprechen und später die Rückkehr zum Reich verlangen
würden.

Das Wort von dem unverlierbaren Selbstbestim-
mungsrecht der Saarbevölkerung kann, obwohl es diesmal
aus dem unheimlichen Munde des Vertreters der Sowjet-
union kam, von den anderen Großmächten und vom Völker-
bundsrat später nicht für nichtig erklärt werden, ohne daß diese
Mächte und der Rat sich eines Wortbruchs schuldig machen
und ihre eigene Ehre preisgeben würden.

Die Anhänger des Status quo im Saargebiet, haben daher
ein begründetes Recht, sich auf die Möglichkeit der zweiten
Abstimmung zu berufen.

„Preußischer Kommiß“ Soldatengeschichten / von August Winnig

August Winnig, der Verfasser der vor dem Kriege erschienenen Schrift „Preußischer Kommiß“, ist heute glühender Nationalsozialist. Er dient der braunen Sache in Wort und Schrift, unter Preisgabe seiner Vergangenheit. Einst, als junger Proletarier, war er zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie gekommen bewegt von den hohen Gedanken der Freiheit und der Menschenrechte. Es gelang ihm, im freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverband einen führenden Posten zu gewinnen. Nach der Umwälzung von 1918 wurde er Oberpräsident in Ostpreußen, damals freilich schon in seinem alten Bekenntnis zögernd und schwankend. Sein politisches Ende in der Republik führte der Kapp-Putsch vom März 1920 herbei. Es erwies sich, daß er der zweideutigen Haltung der Reichswehrkommandeure in jenen kritischen Tagen Vor-schub geleistet hatte. Dann rutschte August Winnig immer weiter nach rechts. Er wurde der Vertrauensmann Hugenbergs und Stinnes, für deren Blätter er seine flinke Feder in Bewegung setzte. Heute ist er einer von den 110-Prozentigen: wildester Nationalsozialist, begeisterter Militarist und nationalsozialistischer Schriftleiter. Sein Buch „Preußischer Kommiß“ hat er längst verleugnet, weil es die denkbar schärfste Anklage des militaristischen Kadavergehorsams darstellt, zu dessen Anbetern er heute gehört. Ein Grund mehr für uns, unseren Lesern einige Kapitel aus dem Buche August Winnig vorzulegen.

Grenadier Gimm

13. Fortsetzung

Vor ungefähr zweieinhalb Jahren führte mich eine Agitationsreise in das kleine, an der holsteinischen Westküste gelegene Städtchen X. Das war die Poststation, die Gimm immer auf seinen Briefen angeben mußte. Ich erinnerte mich dessen und kam so auf den Gedanken, hier einmal nachzuforschen, was nun eigentlich aus Gimm geworden sei. In X. konnte ich nichts erfahren. Langenkoog, die eigentliche Heimat Gimms, war etwa zwei Fußstunden entfernt. Ich hatte nichts zu versäumen, und da es ein schöner, warmer Tag im September war, so entschloß ich mich schnell, nach Langenkoog zu gehen.

Gimms richtiger Name war mir noch wohl bekannt, und ich hatte darum bald das Anwesen seiner Eltern gefunden. Es war ein nettes holsteinisches Bauernhaus, mit breitem Strohdach und vielen Fenstern. Vorn standen volle Pflaumenbäume und hinten dehnte sich ein mäßig großer Wirtschaftshof aus, der von zwei Seiten mit Stallungen umgeben war, die das Wohnhaus überragten. Alles war von einem dichten, grünen Knick umrahmt, und über dem Ganzen lag eine sonnige Ruhe. Im Westen blinkte die stahlblaue See. Das also war Gimms Heimat.

Nach einigem Zögern trat ich in das Haus ein. Drinnen im ziegelgeplatteten Flur war alles still, mein Eintritt erschien mir wie eine Störung heiligen Friedens und ich wäre am liebsten wieder zurückgegangen. Aber was war aus Gimm, jenem harmlosen, gesunden Burschen geworden? Hat er sich den Unklammerungen jenes bösartigen Ungeheuers entwinden können, oder ist er ihm zum Opfer gefallen, wie so viele vor ihm und nach ihm? Ich wollte und mußte es wissen!

Von den drei Türen des Flurs wählte ich auf gut Glück die erste zur linken Hand. Auf mein Klopfen hörte ich ein kurzes Geräusch, wie das Bewegen von Kissen und Frauenrücken und den schwachen Laut einer menschlichen Stimme. Ich klinkte die Tür auf und warf einen Blick in das Zimmer, aus dem goldene Lichtgarben hervorschoßen, die mich verwirrten. Als ich mich gesammelt hatte, durchzuckte mich ein jäher Schmerz; ein Blick auf die greise, hinfällige Frauengestalt in dem Lehnstuhl am sonnigen Fenster ließ mich eine tieftraurige Lösung meiner Frage nach Gimms Schicksal ahnen. Blitzschnell erstanden vor meinem Bewußtsein peinliche Erinnerungen: ich sah die schwarzgestrichene Pallasade des Festungsgefängnisses, glaubte die lang verhallenden Tritte der Wachtmannschaften in den eisenumwehrten Korridoren zu hören.

Meine Stimme zitterte, als ich meine Frage hier wiederholte, die Frage nach dem Sohne; denn ich wußte, ohne daß man es mir gesagt hatte, daß dies die Mutter Gimms war.

„Herr,“ sagte sie mit tonloser Stimme, „wer sind Sie und was wollen Sie?“

Bei den letzten Worten hatte sie sich auf den Armen etwas aufgerichtet und sah mir prüfend ins Gesicht, die hellblauen, umfurchten Augen weit geöffnet.

Ich wiederholte mein Anliegen und erklärte ihr, welches Interesse mich bewog, nach ihrem Sohne zu fragen. Dabei wartete ich auf keine Antwort, sondern erzählte von unserer Soldatenezeit, von meiner eigenen Leidensgeschichte, von allem, was ich über ihren Johann wußte, von den Schicksalen mancher anderen. Die Frau hatte sich wieder zurückgelegt und hörte meine Erzählung ruhig an. Wenn nicht die weitgeöffneten Augen gewesen wären, hätte ich annehmen können, sie nähme gar keinen Anteil an dem, was ich sprach. Nur wenn ich einmal eine Pause machte, beugte sie sich erwartungsvoll vor und hieß mich durch diese stumme Gebärde wieder fortfahren. So hatte ich wohl schon eine halbe Stunde bei der alten Frau gesessen und immer nur hatte sie schweigend zugehört. Ich selbst war mit voller Seele bei den Zeiten, von denen ich sprach, ich lachte oder war traurig je nach dem Inhalt meiner Erzählung. Ich erlebte alles noch einmal. Als ich schilderte, wie ich nach sechs Wochen Festung, in denen Scham und Schmerz, Zorn und Sehnsucht mich gepeiniget hatten, frei kam und wenige Tage darauf auf Urtaub fahren konnte, und wie ich dann zu meiner Mutter kam, wie sie bleich und starr am Fenster saß und ich mich schluchzend in ihren Schoß geworfen hatte, wie sie, die soviel Grund zum Zürnen hatte, mir die Tränen abwachte und mich küßte, da hatte sich die Frau vor mir halb aufgerichtet. Sie stützte sich mit den Armen auf die Lehnen des Stuhls und sah mich an, als ob sie alles andere um sie herum vergessen hätte. Dann brach ich jäh ab, denn ihr Anblick erschreckte mich.

Sie atmete einigemal schwer, drehte sich mühsam zu dem mit Porzellan gefüllten Glasschrank, nahm dort einen alten Zigarrenkasten heraus und reichte ihn mir.

„Hier,“ sagte sie mit verhaltenem Groll. „Hier sind die Briefe von meinem Johann, da können Sie alles lesen, was man mit ihm gemacht hat. Herr, es war mein Junge, mein Kind! Und alles, was Sie hier sehen, gehörte ihm, die Felder, wo sein Vater arbeitet, die Wiesen dort am Strande! Herr, es gibt keinen Gott im Himmel, wissen Sie das wohl!“

Sie war dabei langsam durch die Stube gehumpelt und stand an der Tür. Nie hatte ich so den Schmerz einer Mutter um ein verlorenes Kind nachfühlen können wie jetzt.

„Lesen Sie die Briefe durch, es sind keine Heimlichkeiten, erzählen kann ich's Ihnen doch nicht. Denn, Herr, es war mein Kind!“

Sie war hinausgegangen, und ich war allein. Ich nahm die Zigarrenkiste mit den Briefen und setzte mich damit ans Fenster, um sie zu lesen. Gleich erkannte ich Gimms gleichmäßige, etwas kinderhafte Schriftzüge.

Von den Briefen trugen einige den schwarzen Stempel des Festungsgefängnisses. Ich las sie alle durch, obwohl mir die meisten nichts neues sagten. Es besteht nämlich die Bestimmung, daß die Festungsgefangenen über alles Mögliche, nur nicht über das „Faktum“ schreiben dürfen, auch nicht über die Einrichtungen des Gefängnisses, soweit sie als innere Dienstangelegenheiten gelten. Die Zensur ist streng, jeder Brief wird von der Verwaltung gelesen und nur abgeschickt, wenn er keinen Verstoß gegen diese Bestimmungen enthält.

Folgende Briefe halte ich für mitteilenswert:

Festungsgefängnis A., den 5. September 1898.

Sehr geliebte Eltern!

Ich ergreife die Feder, um Euch ein paar Zeilen zu schreiben. Jesus nimmt die Sünder an, so steht es in der heiligen Schrift, die das schönste Buch auf der ganzen Welt ist. Wie er die Sünder annimmt, so werden auch alle guten Menschen die Sünder annehmen, wenn sie in rechter Reue ihre Taten bekennen. Ich bekenne auch meine Taten und Ihr werdet mich auch annehmen, wie es der Herr Jesus Christus tut. Denn ich habe mich auch sehr schwer vergangen und leide jetzt die gerechte Strafe. Die mich aber bessern wird, so daß Ihr Euch freuen werdet. Gott der Herr ließ mich in Seiner Gnade von einer schweren Krankheit wieder gesund werden. Ich hatte einen bösen Hals, bin aber jetzt wieder ganz gesund. Daran könnt Ihr sehen, wie groß die Gnade Gottes ist. Die Zeit meiner gerechten Strafe, für welche ich Gott eigentlich danken muß, ist noch nicht vorüber, weil ich wieder in die Sünde zurückgefallen war, wofür mich die Strafe Gottes noch erwartet. Aber ich bin still und füge mich wie Gott es will. Denn Er ist ein rechter Vater und legt Seinen Kindern nicht mehr auf, als sie ertragen können. Nun will ich schließen und will über die Predigt nachdenken, die wir heute gehört haben. Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet Euch am Gebet. Dies wünsche ich Euch, daß Euch mein Schreiben in guter Gesundheit antreffen möge, so wie es mich verläßt.

Euer Sohn

Johann

II.

Festungsgefängnis A., den 3. Oktober 1898.

Sehr geliebte Eltern!

Ich ergreife die Feder, um Euch wieder ein paar Zeilen zu schreiben. Zuerst muß ich unsern Herrn und Heiland lobpreisen, weil Er mich so treu behütet hat. Jetzt kann ich so recht sehen, wie Er denjenigen hilft, welche Ihn im Gebet darum anflehen. Als ich noch ein verstockter Sünder war, da fand ich nirgends die Seelenruhe, weil mich meine Taten verfolgten. Aber jetzt, wo ich zu Ihm bete, da ist alles schön. Vor vierzehn Tagen, am Sonnabend, hatte ich Gericht, um meine Strafe zu empfangen. Die Gnade Gottes, welche höher ist als alle Vernunft, legte mir drei Jahre der Prüfung auf, trotzdem ich viel mehr verdient hatte, denn ich war ein verstockter Sünder gewesen, der den Weg zu Gott nicht fand, bis mich Sein Strahl doch traf. Liebe Eltern, grämt Euch nur nicht um mich, denn wenn ich nun wiederkomme, dann sollt Ihr Euch über mich viel mehr freuen, weil ich ein wahrer Christ geworden bin. Wie müßt Ihr Euch grämen, wenn ich jetzt zu Haus wäre und in der Sünde lebte? Ist es nicht alles so gut, daß mich Gott durch die gerechte Strafe reinigt? Lasset Euch das ein Beispiel sein. In der Hoffnung, daß Euch mein Schreiben in guter Gesundheit antreffen möge, so wie es mich verläßt, verbleibe ich

Euer Sohn

Johann

Die Sittlichkeit stehet als ein erstes, unabhängiges und selbständiges da, das aus sich selber lebet sein eigenes Leben.
Johann-Gottlieb Fichte.

Grüßet Herrn Pastor Blenk.
Stempel der Anstalt.

Derartige Briefe folgten dann immer in einem Abtande von vier Wochen — etwa sechs oder sieben waren es. Gimm war fromm geworden, was mich gar nicht wunderte, obwohl er früher wie ein Holzknecht fluchte; denn die Gefangenen, die längere Zeit dort sind, werden alle fromm, worauf sich die Gefängnisverwaltung und der Seelsorger viel zugute tun. Sie ahnen nicht, daß gerade diese Frömmigkeit dem, der die Menschen kennt, die Leiden der Festungsgefangenen am schmerzlichsten offenbart.

III.

(Mit Bleistift auf braunes Papier geschrieben.)

A., den 23. Mai 1899.

Liebe Mutter!

Nun habe ich noch 27 Monate hier zu sein. Wenn ich daran denke, daß ich schon ein Jahr hier bin, und daß ich noch zwei und ein Viertel Jahr hier bleiben soll, dann verliere ich allen Mut. Ach, es ist doch alles vorbei mit mir. Wenn ich des Abends zu Bett gehe, dann wünsche ich, ich möchte nicht wieder aufwachen. Am liebsten wäre es mir, wenn es so käme. Denn Du glaubst nicht, wie ich hier lebe. Ich bin immer allein in einer Zelle, so klein, wie unsere kleine Kammer. Wenn ich doch mal wieder darin schlafen könnte. Aber das erlebe ich nicht mehr, bis dahin bin ich wohl schon tot. Ich wollte gern in die Gemeinschaftsstube, wo mehrere Gefangene zusammen sind. Der Hauptmann hat es aber nicht erlaubt. Er sagt, vielleicht nächstes Jahr. Dann muß ich also noch ein Jahr allein sein. Ich wollte Dir dies mal schreiben, denn in den Briefen darf ich es nicht, die werden nämlich alle erst gelesen. Diesen Zettel nimmt ein guter Mensch mit hinaus, der hier einige Tage Wache gestanden hat, es ist ein Flensburger, ein Mauermann. Wir haben sogar plattdeutsch miteinander gesprochen, durchs Schlüsselloch aber bloß.

Vergibt mir und laß mir den Vater auch alles vergeben. Ich träume viel von Euch. Liese Feddersen ist jedenfalls schon verheiratet. Viele Grüße.
Euer Sohn Johann.

Das war der letzte Brief von Gimm. Außerdem enthielt der Kasten noch ein zerknittertes Kouvert mit dem Stempel der Gefängnisverwaltung. Darin steckte ein kleiner gelber Zettel, der folgenden Bescheid enthielt:

Festungsgefängnis A., den 3. Juni 1899.

An den Landmann Johann

zu Langenkoog.

Ihr Sohn, der Militärgefangene Johann hat am gestrigen Tage Selbstmord durch Erhängen verübt. Die Beerdigung findet am 5. Juni, morgens 8 Uhr, statt. Die hier aufbewahrten Kleidungsstücke Ihres Sohnes (vier Paar Strümpfe, fünf Taschentücher) werden Ihnen von der diesseitigen Verwaltung zugesandt.

(Name.)

Hauptmann und Bastionskommandant.

Stempel der Anstalt.

Ich bitte Sie, den Ausdruck meines Beileids entgegen zu nehmen. Möge Gott seiner Seele gnädig sein. (Name.)

Nun wußte ich alles über Gimm. Aber nein, doch nicht alles, nur sein Ende. Und mehr wird man nie erfahren. Es sei denn, daß die dicken grauen Mauern der Bastion IV einmal anfangen könnten, zu erzählen. Sie würden mancherlei zu sagen wissen. Von jungen kraftstrotzenden Burschen, die der eigene Leichtsinne einer unbedachten Minute und die menschenfeindliche Grausamkeit anderer hierher brachten und die als bleiche, gebrochene Gestalten mit kraftlos schlenkernden Beinen hinauswankten. Vom Aufschrei verzweifelter Seelen, die sich gegen die zermürbende Macht der Gefängnisluft wehrten, bis sie müde davon abließen oder in jähem Entschluß, dem vielleicht Monate dumpfen Grübelns vorausgingen, zerrissen, was sie mit dem Dasein verband. Doch auch die Bastionsmauern würden uns schließlich im Stich lassen, denn sie wissen nicht, welche Hölle die von ihnen umschlossenen Opfer durchlebten in den langen Nächten, wenn die qualmende Oellampe im vergitterten Kasten durch die niedrigen Stuben dämmerte; was sie empfanden, wenn sie aus dem Paradies sehnsuchtsvoller Träume zur furchterlichen Wirklichkeit der Bastion erwachten. Und das ist das Schwerste.

Ich glaube, wenn die militärischen Ankläger und Richter nur einmal eine einzige Nacht im Gefängnis zubrachten, wenn sie hörten, was ich hörte, wie sich die entkräfteten jungen Körper von schweren Träumen gepeiniget auf den harten Lagern wälzen, wie aus den Tiefen des Unterbewußtseins halbverständliches Murren emporquillt, Töne der Sehnsucht und der schmerzlichen Selbstanklage, oder wenn sie sähen, wie ich es sah, daß sich plötzlich einer der Schläfer aufrichtet, die Hände rührt und sich zuletzt leise wimmernd wieder in die Decke hüllt, um den Jammer über die vernichtete Jugend zu erstickern; oder wenn sie einmal, wie ich an diesem Tage, eine Stunde lang im Elternhause ihrer Opfer weilten, wenn sie eine Mutter sähen, die ihnen zurief: Herr, es war mein Kind! — ich glaube, dann würden sie bei ihrem „Richten“ nicht vergessen, daß Menschen vor ihnen stehen, deren höchstes Glück, das Glück der Jugend, von ihrem Urteil abhängt. Aber sie hören und sehen nicht, was der lärmenden, lachenden Welt verborgen ist. Und darum wissen sie nicht, was es heißt, Menschenschicksale in der Hand zu haben.

Langsam wanderte ich wieder nach der Stadt. Als ich mich noch einmal umsah, erglänzte das Meer im Purpurgold der zur Rüste gehenden Sonne. Gelb und grün lag das Land um das altrote Gemäuer des Wirtschaftshofes. Am Knick stand eine gebückte Frauengestalt und über die Wiesen zur Linken schritt ein Mann auf den Hof zu. Auch er ging gebückt und setzte langsam einen Fuß vor den anderen. Jedenfalls hatte er keine Eile.

Es wird Gimms Vater gewesen sein.

Alle Hochschulen an der Kette!

Eine neue „Reform“ beseitigt die letzten Reste akademischer Freiheit

Gleich nach der Machtergreifung begannen die nationalsozialistischen Eingriffe in die deutschen Universitäten. Den Hochschullehrern wurde das Mitbestimmungsrecht bei der Neu-
belegung von Lehrstühlen genommen. Im Senat hatten sie neben dem „Führer“, dem von Kultusminister ernannten Rektor, bei den Entscheidungen nicht mehr mitzureden. Widerspruch nahm sie die newallfame Verabschiedung ihrer besten Kollegen hin. Sie konnten sich nahezu durchweg der neuen Marschroute nationalsozialistischer Wissenschaft und Wissenschaften von den „Mitteln“ turannisieren.

Unvergessen im Schandtag der Gleichschaltung ist der Beschluß des Deutschen Hochschulrates vom Frühjahr dieses Jahres, worin die deutschen Universitätsrektoren ihrem „Führer“ Adolf Hitler ehrfürchtigen Dank sagten für die vielfältigen Anregungen, mit denen er die deutsche Wissenschaft beschenkt habe. Dieser Tage wurde auf einer Tagung von Medizinern mitgeteilt, daß das Hochschulamt der NSDAP sich Vorklassungs- und Mitbestimmungsrecht bei der Berufung von Professoren gesichert habe. Nebenher, zu sagen, daß über jeden Gelehrten längst ein Aktenstück über den Grad seiner Gefinnungsfähigkeit angelegt worden ist.

Aber das alles hat noch nicht genügt. Man wußte seit langem, daß das neue Reichskultusministerium eine große „Reform“ vorbereitet. Jetzt ist sie vom Reichskabinett verabschiedet worden, und ihre Einzelheiten werden amtlich mitgeteilt. Alle Befürchtungen, daß diese „Reform“ die letzten Winkel geistiger Freiheit und schöpferischer Leistung, die im unbeeinträchtigten Dienste an der Wissenschaft erfolgt, mit dem braunen Befehl blankputzen will, werden in vollem Umlaufe bestätigt.

Die entscheidenden Paragraphen lauten:

§ 1: Die beamteten Hochschullehrer des Deutschen Reiches werden zum Schluß des Semesters, in dem sie ihr 15. Lebensjahr vollenden, kraft Gesetzes von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden.

§ 2: Fördern überwiegende Hochschulinteressen die weitere Ausübung des Lehramtes durch einen beamteten Hochschullehrer, so kann die zuständige oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichskultusministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Entpflichtung auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

§ 3: Die beamteten Hochschullehrer des Deutschen Reiches können auf einen ihrem Fachgebiet entsprechenden Lehrstuhl einer anderen deutschen Hochschule versetzt werden, wenn es das Reichsinteresse im Hinblick auf den Neuaufbau des deutschen Hochschulwesens erfordert.

§ 4: Rückt aus Anlaß des Neuaufbaus ein Lehrstuhl ort oder wird er einem anderen Fachgebiet zugeschlagen, so kann der bisherige Inhaber von seinen Pflichten entbunden werden.

§ 5: Entpflichtete Hochschullehrer erhalten ihre amtlichen Bezüge weiter, rücken jedoch nicht mehr auf. Sonderverordnungen und Nebenbestimmungen für die Verträglichkeit entfallen mit der Entpflichtung.

Beseitigt Hochschullehrer erhalten ihre akademischen Rechte weiter. Sonderverordnungen und Nebenbestimmungen für die Verträglichkeit werden neu festgelegt.

§ 8: Die Geltungsdauer dieses Gesetzes beginnt mit dem Tage der Verkündung und endet am 31. Dezember 1937.

Das bedeutet die vollkommene Verbeamtung der deutschen Hochschullehrer gemäß den Interessen des „totalen Staates“. Der Paragraph 1 des Gesetzes legt die Maßnahme, daß ein Beamter noch höchst lebendiger Professor über das 65. Lebensjahr hinaus weiter forschen und lehren darf, vollkommen in die Hände des Ministers. Die Begründung dafür ist durchaus offenkundig:

Die Hochschule ist im Sinne des nationalsozialistischen Staates nicht nur ein Organ zur wissenschaftlichen Erziehung, sondern ebenfalls zur weltanschaulich-charakteristischen Bildung des jungen Menschen. Diesen Teil ihrer Aufgabe kann aber nur ein Lehrkörper erfüllen, der genügend Junge zur Führung der Jugend geeignete Kräfte aufzuweisen hat.

Man will also die Maßnahme schaffen, durch Jüngere zur Abdankung der älteren Gelehrtengeneration der „Jüngeren“ einen Weg zum Lehrstuhl bahnen. Die jüngere Dozenten-schaft, bereits in der nationalsozialistischen Lehre, im Lager und in Gedankensrichtungen hinreichend „im Sinne des nationalsozialistischen Staates“ geschult, rückt in die Hochschulfront ein. Ihr Wissenschaftsinteresse hat die gewünschte Ausrichtung. Die alten Herren ragen mit ihren Köpfen immer noch etwas aus der Normallinie heraus. Das wird fortan nicht mehr der Fall sein.

Nicht weniger deutlich wird die Tendenz dieser Hochschulreform in § 3. Bisher war der Hochschullehrer nicht durch Diktat verletzbar. Er konnte nur an eine andere Hochschule be-
rufen werden. Jetzt ist jede Verdrängung möglich, die oft nichts anderes als eine Strafverlegung sein dürfte. Man will angeblich mit dieser Maßregel, wie es in der Begründung heißt, bestimmten Hochschulen einen ganz besonderen Charakter geben. Aber es geht auch noch um etwas ganz anderes:

Schließlich kann mit den Bestimmungen des § 8 auch die Anweisung geeigneter Rektoren für die Führung der Hochschulen im nationalsozialistischen Geiste sichergestellt werden. Es ist eines der nächsten Ziele, das Führerprinzip in den Hochschulen zu festigen, wobei der Rektor gleichsam als Treuhänder des Ministers zu handeln hat.

Solche Kernsätze machen den Charakter dieser Neuordnung klar. Es geht einfach um die Festigung der Macht, in der Politik und auf den Hochschulen, wo die neuen braunen Kämpfer nach dem schakalen Exerzierreglement gedrillt werden sollen. Der Reichskultusminister freut sich, mit diesem Gesetz einen festen Standort zur planmäßigen Neugestaltung aller Hochschulen gewonnen zu haben, zur Erfüllung ihrer „weltanschaulichen Erziehungsfragen“. Die Herren Pro-fessoren werden etwas getrübt. Selbstverständlich verbleibt ihnen auch nach der Neuordnung das Vorschlagsrecht der Fakultäten bei Besetzung von Lehrstühlen. Wie würde es denen ergehen, die es wagten, einen Gelehrten in Vorschlag zu bringen, der sich im braunen Bezirk nicht bewährt oder gar mißliebig gemacht hat?

Zu Ende ist es längst mit der Vorklassifizierung. In Ende ist es auch mit den traditionellen Reservaten bestimmter kleiner Hochschulen. Sie kommen alle unter den Fuß, in die große Mühle. Nicht etwa, daß eine kräftige Zusammenfassung an sich abzulehnen wäre. Diese Reform aber ist die Niederwalzung aller deutschen wissenschaftlichen Eigenlebens, durch das sich die deutsche Uni-

versität in der ganzen Welt vom schulmäßigen Wissenschaftsbetrieb unterscheidet.

Es ist, um es mit einem Satz zu sagen, die offizielle Ver-wandlung der deutschen Universitäten in nationalsozialistische Parteien- und Funktionärschulen, zentral überwacht und diszipliniert.

Sportpflicht

In einem Erlass verkündet Reichsminister Rust die neue Hochschulsportordnung, die mit Beginn des Wintersemesters 1934/35 bereits in Kraft getreten ist.

Als wesentliches Merkmal der neuen Hochschulsportordnung verdient die Turn- und Sportpflicht der Studierenden während der ersten drei Semester hervorgehoben zu werden. Jeder der Deutschen Studentenschaft angehörende Student (Studentin) ist verpflichtet, so heißt es in dem Erlass, drei Semester lang Verbandsübungen zu treiben. Die Ableistung dieser Sportpflicht geschieht in Form der Grundausbildung, die sich über die ersten drei Studiensemester er-

Hermine, Exkronprinz, Itzenplitz und andere Pö.

Von Handküssen, höheren Töchtern, Monokeln und anderen Sorgen des „3. Reichs“

Die „Kaiserin“ Hermine macht in Berlin der Nazi-prominenz Wettbewerb im Betteln. Sie macht auf alte, schöne Art einen Wohltätigkeits-Bazar. Darob heftige Kritik der älteren Damen in den Nazi-blättern! Der „Weltdeutsche Beobachter“ (Nr. 562) geht noch weiter. Er stößt Alarmrufe gegen eine neue Gefahr von rechts aus:

Man könnte den Standpunkt vertreten: Ansehen, die noch heute eine kapitulierte Dynastie gleich nach dem lieben Gott rangieren, müsse man für rettungslos Narren halten und unter sich lassen. Dieser Auffassung dürfte aber wohl entgegengehalten werden, daß eine solche an sich löbliche Großzügigkeit nicht mit einem Staatsgedanken vereinbar ist, der zur Volksgemeinschaft, zum Ganzen drängt. Und schließlich kann es sich kein kräftiger Staat wie der unsrige leisten lassen, wenn ältere Herren und ältere Damen hinter der Marke „Tradition“ Ansehen pflegen.

Die mit einer volksgenösslichen Konsequenz bekämpft auf dem Arroganz leben und mittlerweile auch solche Söhne nützlicher Bolles zu insizieren drohen, die das Vertrauen der nationalsozialistischen Führung auf irgendeine besonders vertauschten und repräsentablen Beschäftigung ge-
ruhen hat.

Was wiegen aber letzten Endes diese Bedenken gegen die Tatsache, daß monarchistische Bühlmäuse solcher Art noch wie vor den ganzen nationalsozialistischen Aufbau aus grundsätzlichen Beweggründen hassen und in kleinen Wirbeln bekämpfen. Man könnte nun meinen: es gäbe größere intellektuelle Gegner des Dritten Reiches und seiner Politik als einige verkümmerte Monarchisten. Hubschorn, wir kennen auch die andern, die da in ihren unzähligen Weltblätterchen auf der ersten Seite, erste Zeile ein billiges Bekenntnis zu Führer und Reich ablegen, um noch im Anfangsah ein „aber“ in Erscheinung zu bringen, das sich dann über alle folgenden Seiten in vielfacher Wiederholung ausdehnt. Diese „aufrichtigen“ Freunde des neuen Deutschlands leben hier nicht zur Debatte. Heute handelt es sich um regelrechte Monarchisten.

Itzenplitz vegetiert ein Pensionat höherer Töchter. Die Leiterin, eine richtiggehende Freifrau, fühlte sich bis vor kurzem, bis sie eingelocht wurde, bemüht, ihren höheren Töchtern alle Männer verächtlich erscheinen zu lassen, die heute das Staatswesen leiten und lenken. Es versteht sich am Rande, daß der betreffende Oberpräsident diese rentierende Dame einzusperrn befohl, wo sie Zeit habe, über

Streichers kriminelle Zeitungswerber

Die Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer vom 23. Januar 1934 für Abonnentenwerber bestimmt u. a.: „Dem Werber ist unzulässig, in irgendeiner Hinsicht auf den zuwerbenden Verleger einen Zwang oder Druck auszuüben, insbesondere dürfen nicht irgendwelche Nachteile, zum Beispiel persönlicher, wirtschaftlicher, beruflicher oder sonstiger Art für den Nichtbezieher einer Zeitung oder Zeitschrift angedroht werden.“

Dieser Anordnung hatte ein bei der „Frankfurter Tageszeitung“ in Nürnberg tätiger Abonnentenwerber in großer Weise zuwidergehandelt. Er wollte, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichten, von einer Malerfamilie Auftrag für ein Abonnement seiner Zeitung erhalten. Die Frau lehnte ab mit der Begründung, daß sie bereits seit 14 Jahren eine andere Zeitung lese und ihre Eltern schon dieses Blatt gelesen hätten. Der Werber drohte damit, daß der Malermeister bei der nächsten Vergabe öffentlicher Arbeiten übergangen würde. Darauf tat die Frau das, was man in diesem Fall am besten tut, sie erstattete Anzeige bei der Polizei.

In der Verhandlung gegen den Werber führte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer aus, der Angeklagte habe bei der Werbung unrechtmäßig einen Druck ausüben und das sei eine Erpressung. Die Jungen seien so vernünftig gewesen, auf diesen Druck nicht einzugehen. In den Zeitungen sei seit langem immer wieder darauf hingewiesen worden, unter Ver-gewaltigung auf Ansehungen höchster Stellen der Partei, daß jede Druckausübung bei der Zeitungswerbung unzulässig sei. Das habe auch der Angeklagte wissen müssen. Bei der Straf-messung sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte schon wegen Diebstahls, Betrugs im Rückfall usw. vorbestraft sei. Die Gefahr für das Ansehen der „Frankfurter Tageszeitung“ und vor allem für das Ansehen der Partei ver-lange eine strenge Bestrafung. Es sei auch anzunehmen, daß von derartigen Werbern solche Werbemethoden öfter an-gewandt werden, die Leute getrauen sich nur nicht, davon zu-vorzugeben. Solche Elemente wie der Angeklagte schädigen jedoch in nicht mehr anzumachender Weise das Ansehen der NSDAP.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen verurlichter Erpressung eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Der Angeklagte stellte die Behauptung auf, daß er schon seit 1921 in der Bewegung stehe. Die provisorische Vitalitätskarte, die sich der Vorliegende ausgeben ließ, trägt das Datum

freudt. Von der Forderung der vollen dreifemstigen Teil-nahme kann nur in Ausnahmefällen abgegangen werden durch Anrechnung der Arbeitsdienstzeit.

Unterworfen!

Das „Deutsche Philologenblatt“

Nach einer Erklärung des Deutschen Philologenverbandes im Nummer 46 des „Deutschen Philologenblattes“ hat der Reichs- und preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung dem Verband unter dem 4. Dezember davon Mitteilung gemacht, daß er den Erlass vom 18. September 1934 aufgehoben habe. Der Erlass vom 18. September hatte folgenden Wortlaut: „Unter Hinweis auf die in Nr. 22 des „Deutschen Philologenblattes“, Jahrgang 1934, Seite 648 erhobenen unerhörten Angriffe auf die Regie-rungsbeamte und alte Nationalsozialisten verleihe ich den nachgeordneten Behörden den Bezug der Zeitschrift und rate den Lehrpersonen Preussens davon ab, die Zeitschrift weiter zu beziehen.“

Gleichzeitig wird im „Deutschen Philologenblatt“ gemeldet, daß der bisherige Führer des Deutschen Philologenverbandes, Magistratsobersekretär Bahm, am 6. Dezember sein Amt niedergelegt hat. In seinem Nachfolger hat er kraft einer von der Vertreterversammlung gewählten Ermächtigung den Vorsitzenden des Preussischen Philologenverbandes, Oberstudienrat Schwedtke, ernannt.

Grundzüge und Gehelmnisse jeder hohen Politik nachdenken. Da ist nun absolut nichts bei, wohl aber, wenn nun das National eine ehemals angehenden Dynastie an diesen nationalsozialistischen Führer telegraphiert: „Erfolge so-
fortige Freilassung verdienster Erzieherin deutscher Jugend.“ Man hätte ihm was von wegen „Erlaube“.

Im Kalender der deutschen Jugend 1935 befindet sich eine Illustration „Die Klassen Deutschlands und des übrigen Europas“, in deren Mitte der Exkronprinz abgebildet ist und als „nordischer (Europäischer) Körperbau“ der deutschen Jugend anempfiehlt wird. Offenbar gibt es in Deutschland sonst niemanden mit teutonisch-nordischem Körperbau als ausreichende die allerorts beliebte Erscheinung des früheren deutschen Kronprinzen.

Oder sollen wir das so einfach hinnehmen, wenn am 19. August ein Exkronprinz in seinem Hause nicht ab-stimmen ließ, weil es in seinem Hause keine Diskussion gebe über die von Gottes Gnaden bestehende Autorität? Oder wenn ein anderer Fürst seine Arbeiter spaltet und läßt und ihnen für diese Zeit hinterher den Lohn abzieht? Oder wenn in Potsdam am 6. Mai dieses Jahres in allen möglichen Geschäften Plakate aufhängen, in dem das dankbare Volk dem Exkronprinzen schriftlich zum Geburtstag gratulieren durfte? Oder wenn es heute noch Dörfer gibt, in denen so und so viele Bauern auf die Rückkehr des Exkronprinzen warten und in ihren Stuben noch immer die Wüste dieses 1918 so todernutia in seine Heimat zurück-gesetzten Volkstalers stehen haben?

Finden Sie eigentlich, daß sich der Parteigenosse von Itzenplitz richtig verhält, wenn er zum Brautpaar ein Rönkel trägt, wenn er Frauen der noch immer negativen „Obern Rehtausen“ als „Damen“ und Arbeiter-frauen als dem Bedding als „Frauen“ auseinandertreibt, die eine mit „Gnädige Frau“ anredet und ihr dies und jenes sagt, während er die gute deutsche Arbeiterfrau aus dem Bedding „nur“ mit „Arion Soundio“ anpricht, und sich davon freut, ebenso wie die feingepflegte Hand auch die derbe, schweilen-reiche zu küssen?

Nein, wir finden, daß sich der Parteigenosse von Itzenplitz nicht richtig verhält und daß er die Wahrheit der Volks-gemeinschaft ganz anders auslegt, wie es die Idee von ihm verlangt.

Sie verlangen von jedem Volksgenossen, daß er be-dingungslos hinter dem Führer steht und nicht immer zu Göttern schreit, die froh sein können, wenn eine spätere Geschichtsschreibung von ihnen überhaupt Notiz nehmen wird.

vom 1. Mai 1933. Der Angeklagte meinte, eine solche Hand-lung könne ihm überhaupt nicht angetraut werden. Er wollte freigesprochen werden.

Der Richter beurteilte ihn wegen versuchter Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

In der Urteilsbegründung führt der Richter noch aus, daß auf Grund der vollkommene Abwesenheit ethi-schen Anspruchs der Jungen der Zeitstand der ver-suchten Erpressung erfüllt sei. Die Vorstrafen des An-geklagten konnten bei der Strafzumessung nicht in Betracht kommen. Der Angeklagte habe eine gewisse moralische und schamlose Handlung verübt. Er wolle sich als Mitglied der NSDAP bewußt sein, daß er durch ein solches Verhalten die Partei und die mit der Verbreitung der NSDAP Prohe in der Partei betrauten Dienststellen in ihrem Ansehen schädigt. Er hat mit seiner Drohung etwas ganz Gefeh-müdiges, Gemeines und Verwerfliches unternommen. Wenn er in Anspruch nehmen wolle, daß ihm auf Grund seiner von ihm angeführten Verdienste um die Bewegung die ihm zur Last liegende Handlung nicht angetraut werden könne, so beweise seine Vorstrafenliste etwas anderes. Denn wenn es so wäre, dann hätte sich der Angeklagte von den wichtigsten Ver-trägerinnen freihalten können. Am Gewicht des Angeklagten sei ein Mann, dem eine solche Sache angetraut werden könne.

Und die D'fiamierung der Juden?

Wannheim, 13. Dez. Das in Wannheim, Rheinlands „Hakenkreuzbanner“ berichtet über einen Vortrag „Untere Rassenpolitik und das Ausland“, den der Leiter des Rassen-politischen Amtes der NSDAP, Dr. Groß in der Aula der Reuen Universität in Heidelberg gehalten hat. Dr. Groß führte aus:

„Der Wert der Menschheit ist von Volk zu Volk und von Rasse zu Rasse verschieden. Es reicht aber auch eine sehr Frage, um die gerungen wird: ob der Nationalsozialismus das Recht hat, Unterschiede zu machen in der Verteilung der geistigen Fähigkeiten der Menschen. Dazu ist zu sagen, daß die Rassenunterschiede unserer Zeit unabhängig von der Vererbung. Wenn der Nationalsozialismus praktische Rassenpolitik treibt und darauf hinweist, daß die Menschen nicht im Wert verschieden sind, so hat er noch kein Werturteil gesprochen. Anders er erkennt, daß die Erziehung sowohl für den Geist als auch für den Körper des Menschen ist, neater er die Vorkräfte. Wir hoffen, daß, wie in der Welt der Politik, auch auf dem Gebiet der Rassenpolitik einmal bei den anderen Rassen die Erkenntnis kommt, daß ihnen unser heutiges Handeln Selbstverständlichkeit wird.“

Strassburger Wochenbericht

Strassburg, den 17. Dezember 1934.

Eine Delegation reist nach München

Die Bevölkerung von Schiltigheim nimmt lebhaften Anteil am Schicksal ihres von der Hitlerjustiz zu sechzehn Monaten-Gefängnis verurteilten Mithürgers Emile Küstner. In mehreren Protestversammlungen, die immer sehr gut besucht waren, nahm die Bevölkerung Stellung gegen das überaus harte und ungerechte Urteil, das gegen Küstner in München ausgesprochen wurde. Nun reiste im Auftrag einer solchen Versammlung eine aus drei Bürgern bestehende Delegation nach München, um sich nach Küstner zu erkundigen und für seine Freilassung einzutreten. Die Delegation, der auch ein Verwandter des Verurteilten angehörte, wurde dort sehr ungnädig empfangen. Man gab ihr zu verstehen, daß ihr Besuch durchaus unerwünscht sei und sie sich zum Teufel scheren möchte, denn „hier kommandieren wir“, äußerte sich der Herr Generalstaatsanwalt. Einem der Delegierten, dem Verwandten Küstners, wurde dann aber doch Sprecherlaubnis erteilt. Er konnte allerdings nur im Beisein eines Ueberwachungsbeamten sich unterhalten. Außerdem nahm der französische Konsul an der Unterredung teil. Die Fragen, die Küstner gestellt wurden, beantwortete er auf eine Art und Weise, aus der man entnehmen konnte, daß es ihm nicht schlechter, aber auch nicht besser geht, als vielen wegen politischer Vergehen in Deutschland die Gefängnisse füllenden Menschen. Die Delegation verließ also das ungestaltete Deutschland, ohne viel ausgerichtet zu können. Wie wir erfahren, wird der Gemeinderat von Schiltigheim demnächst einen Antrag an die französische Regierung richten, der von zwei Gemeinderäten in Paris vertreten wird, sich sofort für die Freilassung Küstners zu verwenden, der zweifellos das Opfer eines ungeheuerlichen Fehlurteils ist. Es ist anzunehmen, daß mit dem nötigen Nachdruck amtlicher Stellen die deutschen Staatsanwälte etwas zuvorkommender sein werden, wie es der Generalstaatsanwalt in München der Delegation gegenüber war.

Die rote Nelke am schwarzen Rock

Dem Herren Abgeordneten Thomas Selg, der den Kreis Erstein in der Kammer vertritt, passierte dieser Tage ein viel belachtes Mißgeschick. Als er sich nach Colmar begab, um an einer Herbsttagung der elsässischen Winzer teilzunehmen, geriet er versehentlich in die in einem anderen Lokal stattfindende Familienveranstaltung der sozialistischen und von ihm als gutem Katholiken nicht wenig bekämpften Sportvereine. Am Saaleingang ließ er sich gegen Erstattung des Eintrittsgeldes gerne eine rote Nelke ins Knopfloch stecken und betrat — den Kopf voller philosophischer Gedanken — den dicht besetzten Saal. Dort wunderte man sich sehr über den seltsamen Besucher, der sich eine ganze Weile die Darbietungen der sozialistischen Sportler gefallen ließ. Plötzlich schien er seinen Irrtum bemerkt zu haben. Der Abgeordnete, dem man im Elsaß einen gewissen Sinn für Witze und Humor nicht abspricht, stand auf, schmunzelte sich ein Verslein auf seine Zerstreuung und pilgerte dann frohen Mutes zu seinen Winzern, wo hoffentlich bei einem guten Tropfen die Odyssee des Herrn Selg genügend gefeiert wurde. Wenn auch das rote Blümlein bald aus dem Knopfloch ver-

schwunden war, so floß doch der kleine Obolus, den der kämpferische katholische Abgeordnete am Saaleingang leistete, in die sozialistische Wahlkassette. Diese seltene Spende und ihre humorvolle Geschichte wird im sozialistischen Lager so bald nicht vergessen werden. Bei der zuvorkommenden Behandlung, die Herrn Selg bei den Sozialisten widerfuhr, darf man sich vermutlich einen heilsamen Einfluß auf die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen ihm und seinen sozialistischen Gegnern versprechen. Oder nicht?

Stadt im Weihnachtszauber

Auf dem Broglieplatz erinnert der Christkindmarkt an das bevorstehende Weihnachtsfest. Der Harzgeruch der Tannen und der würzige Duft der unzähligen Lebkuchen und sonstigen Süßigkeiten locken die Kinder, die die engen Budengassen durchfluten ins Zaubereich des Weihnachtsmannes. Die großen und kleinen Geschäftshäuser der inneren Stadt haben ihre Auslagen schon ganz auf den Weihnachtverkauf eingerichtet und erfreuen durch interessante Auslagen das Herz des Beschauers. Den Kindern der Arbeitslosen wird dieses Jahr durch die Präfektur auf Anordnung der Ministerpräsidenten ein besonderes Weihnachtsgeschenk bereitet, bestritten aus freiwilligen Spenden, die schon in großer Zahl eingegangen sind. Auch das Arbeitslosenkomitee will den Kindern eine Freude machen. Im Uniontheater findet zu diesem Zweck am 20. Dezember eine Vorstellung mit dem Hinkerschen Volksstück „Alles isch degeje“ statt, dessen Reinertrag für die Beschergung der Kinder der Arbeitslosen verwendet wird. Sollten nicht auch die Emigranten versuchen, den Kindern, die mit ihren Eltern in die Verbannung gingen, eine gemeinsame Weihnachtsfeier zu bereiten? Es gibt wohlwütig gesinnte Menschen genug, die zu nützlichen Spenden gerne bereit wären.

Ein Schwindlerquartett ausgehoben

Gauereien sondergleichen verübten hier unter der Firma „Crédit Strasbourgeois“ vier Schwindler, die trotz ihres plumpen Auftretens vertrauensselige Menschen um etwa 100 000 Franken betrogen haben. Sie versprachen in Inseraten, an jedermann Kredit zu geben. Kamen Gutgläubige, dann ließen sie sich sowohl für die zu gewährende Kreditsumme, wie auch für die entstehenden, die eigentliche Kreditsumme beinahe erreichenden Unkosten Wechsel ausstellen, die sie sofort in den Verkehr brachten. Allerdings ohne auch nur einen Centime an den Kunden auszubezahlen. Unter den Betrügnern befinden sich auch zwei Saarländer, ein Ernst Jenewein aus Dudweiler und ein Alfons Levy aus Beurig-Saarburg bei Trier. In Metz wurde die Filialleiterin des Strassburger Unternehmens, eine gewisse Anna Boller aus Saarbrücken, bereits zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen die Strassburger Schwindler läuft gegenwärtig ein Untersuchungsverfahren.

Einem Kassenboten 60 000 Franken gestohlen

Ein Kassenbote, der auf einer hiesigen Bank 60 000 Franken in Tausend-Frankenscheinen in Empfang nahm, um sie bei der Banque de France in kleinere Stücke umzutauschen, mußte zu seinem Schrecken feststellen, daß ihm das ganze Geld, während er sich am Schalter mit einem

Bekanntem unterhielt, gestohlen worden war. Die Täter, es handelt sich um zwei verdächtige Individuen, die am Kassenschalter in der fraglichen Zeit beobachtet wurden, werden verfolgt. — Ein eleganter Gauner kaufte dieser Tage in einem Strassburger Juwelengeschäft für tausend Franken einen Ring. Als er den Laden verlassen hatte, stellte die Verkäuferin zu ihrem Schrecken fest, daß ein wertvoller Brillantring (Preis 20 000 Franken) verschwunden war. Da der Dieb vorgab, nachmittags wegen eines anderen Kaufs noch einmal kommen zu wollen, aber nicht erschienen ist, darf man annehmen, daß er nur, um den wertvollen Ring zu stehlen, die ganze Affäre inszenierte. Die Polizei vermutet, daß es sich um einen Gauner großen Ranges handelt.

Schreckliches Familiendrama in Mülhausen

In der oberelsässischen Industriemetropole erschloß ein arbeitsloser Friseur seine beiden sieben- und achtjährigen Kinder, worauf er sich selbst entlebte. In einem Brief gibt der unglückliche Mensch an, daß er nach vergeblichem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit diesen Schritt getan habe, der ihm als letzter Ausweg geblieben sei.

Die Polizei säubert

In den Straßen der Altstadt und ihren verschiedenen Lokalen wurden in den letzten Tagen polizeiliche Razzien durchgeführt. Dabei gelang es jedesmal, Elemente aufzustöbern, die sich entweder unerlaubt hier aufhalten oder aber sonstwie gegen die Gesetze verstoßen haben. Sie wanderten in die Fadengasse.

BRIEFKASTEN

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Was in der „Deutschen Freiheit“ schon für die allgemeinen Verhältnisse festgestellt wurde, trifft auch speziell für die Pfalz zu. In Ludwigshafen sind am „Tag der nationalen Solidarität“ ganze 5000 Mark gesammelt worden. In Firmensendungen hat der Stadtrat noch 1942 den Betrag von 25000 Mark bewilligt als Weihnachtsbeiträge. Dazu kam dann noch das von den Wohlfahrtsverbänden gesammelte Geld unter Leitung der Stadt, wobei heutzutage mehr erzielt wurde, als legt bei der mit so großem Eifer aufgezogenen Sammlung, bei der die meisten Pfennige gegeben haben, um den Befähigten zu entgehen. Auch was früher an Vergabe von Kleidern und Wäsche für die Armen geteilt wurde, hat heute kein Beispiel.

G. v. N. Ihr Freund ist noch nicht ganz von der Echtheit des Urnschen Dokuments überzeugt? Er glaubt noch an Hitlerdeutschland? Erinnern Sie ihn doch daran, daß man auch die Homosexualität Adolfs heutzutage bestrafen kann, bis sie von Hitler selbst nach dem 30. Juni behängt wurde. Das Dokument Ernst ist übrigens einer genauen Untersuchung unterzogen worden. Anerkannte Schriftsetzer hätten behauptet, daß die Unterschrift unter dem Dokument von Ernst selbst komme.

H. B. Marzhan. Wie Sie uns schreiben, ist die Verbreitung des in Polen bisher verbotenen Buches „Mein Kampf“ von Adolf Hitler — deutschen Prekmeldungen zufolge — freigegeben worden. — Die polnischen Leser werden kaum Sympathien für Hitlerdeutschland gewinnen.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pfy in Talsweiler; für Inserate: Otto Kubin in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken & Schützenstraße 5. — Schlichtweg 776 Saarbrücken.

Was ist's mit dem Arbeitsdienst?

Lies „Jungens im Moor“ und du weißt es!

Ein erschütterndes Dokument! In seinen einfachen Worten zeigt es, wie der Idealismus der deutschen Jugend von unfähigen Kommißknechten erschlagen wird. Was die Nazis anfassen, wird Zwang, Sklaverei und Militarismus. Das beste an jeder Sache erstirbt: Die Freiwilligkeit!

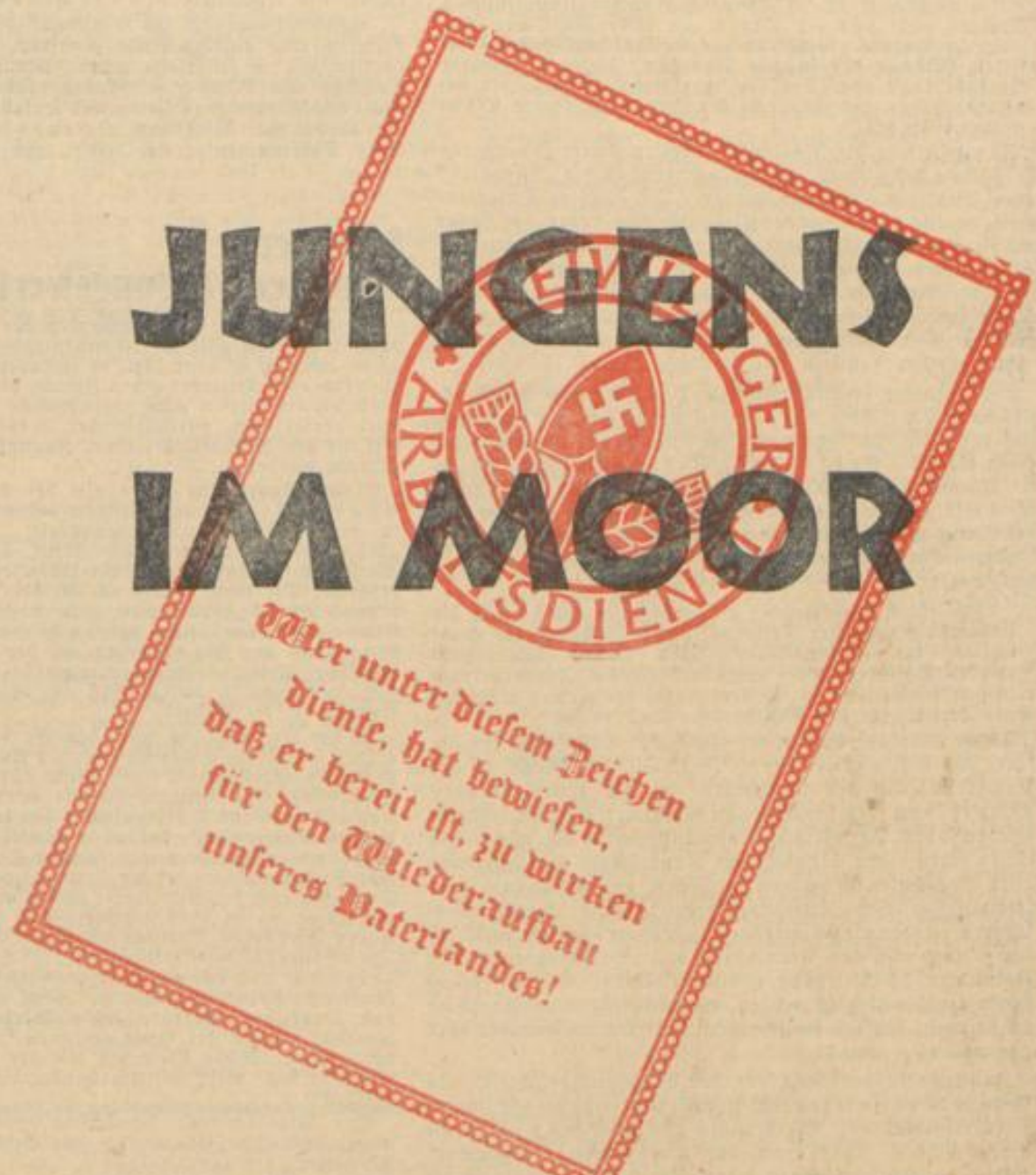
Man muß das Wort „freiwillig“ vom deutschen Arbeitsdienst streichen.

M. M. ein alter Lagerführer.

Dies Buch müssen alle Eltern und Jugendlichen lesen!
48 Seiten . Preis 2,— Fr. . Bestellungen erbeten an

Verlag der „Volksstimme“

Saarbrücken 3, Schützenstraße 5, Telefon 20731
und seine Buchhandlungen: Saarbrücken, Trierer Straße,
Neunkirchen und Saarlouis.



SAARLÄNDER BEIM ARBEITSDIENST